

# Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementspreis 3 M. pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Das Lohnproblem im Lichte der Konjunkturforschung.

Die zweite Bundesausschussung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, an der auch die Bezirksräte des ADGB und die Schriftleiter der Gewerkschaftspresse teilnahmen und die am 28. März im Berliner Gewerkschaftshaus zusammentrat, nahm in einer, der öffentlichen Tagung vorausgehenden öffentlichen Sitzung einen instruktiven Vortrag des Präsidenten des Statistischen Gesamtes und des Instituts für Konjunkturforschung, Prof. Dr. Wagemann, über vorstehendes Thema entgegen. Bei der Einstellung des Unternehmertums, das wirtschaftlich ungünstige Lage Deutschlands, die raschen Konjunkturschwankungen und anderes mehr, wenn auch ausschließlich, so doch zum großen Teile auf die an sich hohen Löhne und sonstige Belastung der Produktion wenigstens nach außen hin — zurückzuführen geneigt ist, können die inhaltreichen Ausführungen des Referenten große Bedeutung, und man muß dem Vorstand des ADGB dankbar sein, daß er gerade diesem Forum Gehör gegeben hat, sich ausführlich mit dieser, gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Angelegenheit zu befassen.

Den Versuchen, eine Ankurbelung der Wirtschaft durch Reduzierungen herbeizuführen, konnte Professor Wagemann auf Grund seiner Untersuchungen entgegenhalten, daß das Lohnproblem weniger eine konjunkturpolitische als vielmehr eine strukturpolitische Frage ist. Leider bietet uns die Tariflohnstatistik kein zuverlässiges Bild. Die Tariflöhne pflegen den tatsächlichen Löhnen nur zuzeiten wirtschaftlicher Depressionen zu entsprechen, aber auch dann zeigen besonders die Akkordlöhne noch recht erhebliche Unterschiede. Wir würden in unseren Untersuchungen sehr viel weiter kommen, wenn die Mängel unserer Lohnstatistik durch eine wirklich ausgebaute und zuverlässige Produktionsstatistik mildern ganz beseitigen könnten.

In der Vorkriegszeit laufen im allgemeinen die Schwankungen der Preise und Löhne parallel. In der Gegenwart scheint sich die Relation zwischen Preis- und Lohnbewegung durchaus geändert zu haben. Ein stichbarer Zusammenhang scheint nicht zu bestehen. Bei ziemlich freier Konjunktur schwanken die Preise, während die Löhne im allgemeinen aber parallel geht. Auf diesen Beobachtungen bezugnehmend zum Beispiel die Konjunkturtheorie von Lederer, erhebt sich die Frage, ob beim Aufschwung eine Spannung zwischen den Preisen und Löhnen besteht. Die Löhne ziehen die Preise herab. Umgekehrt beim Aufschwung. Die Löhne bleiben dem Preisniveau stehen und ziehen die Preise hinauf. Ist diese Auffassung richtig? Die Arbeitgeber behaupten, die Löhne sollen in der Depression herabgesetzt werden. Es besteht die Möglichkeit der Absaherweiterung, umgekehrt argumentiert — grob gesprochen — etwa Lederer, daß die beiden entgegengesetzten Meinungen. In Wirklichkeit steht es vielmehr so: Die Erhöhung der Löhne zum Beispiel in der Depression bei der Textilindustrie Konjunktur begünstigen. Freilich ist das nur eine Voraussetzung für die Steigerung der Konjunktur. Die Textilindustrie ist auf Rohstoffzufuhr angewiesen. Dazu ist sie der Ausfuhr. Wie wirkt aber die Erhöhung der Löhne auf die Ausfuhrmöglichkeit? Durch niedrige Preise und Löhne wird die Ausfuhr erleichtert, die Produktion angekurbelt. Mit so allgemeinen Sätzen, wie sie im Kampf der Argumente verwendet werden, kommt man nicht vorwärts. Es kommt auf die Zeitspanne, in der sich die Veränderungen der Löhne und Preise in der Wirtschaft auswirken, an. Teils werden die strukturellen Momente, teils die zeitlichen Momente nicht berücksichtigt. Bei einer völlig freien Wirtschaft gibt es keine Konjunkturbewegung. Dann gibt es eben keine Schwankungen, vielmehr alles, Preise, Löhne und Zinsschwankungen gleichzeitig. Eine völlig freie Wirtschaft

gab es aber nie. Nun ist schon vor dem Kriege die Bindung der Wirtschaft immer mehr fortgeschritten. Die Wirtschaft ist heute hinsichtlich der Preise zu 50 v. H. gebunden, hinsichtlich der Löhne noch mehr. In der durchgeführten Planwirtschaft kann es auch keine Schwankungen geben. Wir haben aber heute wohl eine weitgehende Bindung der Werte, aber weit weniger der Mengen.

Wird eine halbgebundene Wirtschaft die Konjunkturschwankungen erhöhen oder wird sie sie ermäßigen? Man kann sagen: wenn ein Teil der Wirtschaft gebunden ist, werden in anderen Teilen um so heftigere Schwankungen auftreten. Ein Beispiel bietet die Inflation. In dem Maße, wie die Goldrechnung durchgeführt wurde, um so heftiger schwankte die Valuta. In einer ähnlichen Situation befinden wir uns im halbstarren System der Wirtschaft. Die gebundene Lohnhöhe ist für die Schwankungen des gesamten Arbeitseinkommens ziemlich nebensächlich. Die (freie) Mengenbewegung ist den Konjunkturschwankungen dagegen noch ziemlich ausgesetzt. Die Ursachen, die die Konjunktur hervorrufen, kommen von außen. Sie stoßen auf die festgelegten Wirtschaftsfaktoren (Löhne, Preise), sie wirken daher um so heftiger auf die freien Teile, zum Beispiel den Beschäftigungsgrad.

Wir stehen an der Wende der freien zur gebundenen Wirtschaft, das heißt, wir befinden uns mitten in Konjunkturgewittern. Wir werden vermutlich immer mehr zur gebundenen Wirtschaft kommen.

Man kann sich nun sowohl bei hohen wie bei niedrigen Löhnen Konjunkturschwankungen vorstellen. Diese entwickeln sich aus Inkongruenzen in den Sphären der Wirtschaft, zahllosen Spannungen, von denen die Spannung zwischen Löhnen und Preisen nur eine ist.

Das Lohnproblem ist keine konjunkturpolitische Frage, sondern ein Problem der wirtschaftlichen Organisation. Von Amerika ist die Formel ausgegangen: hohe Löhne bei sinkenden Preisen und steigender Produktion. Es wäre verlockend, wenn Europa dasselbe Rezept befolgen könnte. Allerdings hat Amerika vergleichsweise sehr große Bodenschätze, ein geringeres Arbeitsangebot und durch die Kriegsgewinne gesteigerten Kapitalüberfluß. Die Arbeit ist gering an Zahl gegenüber dem Kapital; das gibt der Arbeit eine natürliche Ueberlegenheit. Durch die amerikanische Lohnpolitik hat sich das Einkommen der großen Volksmassen immer einheitlich gestaltet. Das hat zu einer Vereinheitlichung des Verbrauches und folgerichtig zu einer Vergrößerung der Märkte, zur Massenproduktion und einer sich darauf aufbauenden vernünftigen Rationalisierung geführt. Wenn Deutschland oder Europa ohne die den Amerikanern zur Verfügung stehenden Kapitalien seine Produktion rational aufbauen will, dann muß es zu neuen wirtschaftspolitischen Methoden greifen.

Es gibt — so führte der Referent zum Schluß aus — drei Wege zur Vollkommenheit. Den ersten der Nachahmung. Dieser Weg ist der bequemste, aber man kann leicht auf ihm straucheln. Der zweite, bittere Weg ist der der Erfahrung. Er ist gefährlich; er kostet Zeit; auf ihm wird man nur langsam zu dem gewünschten Ziel kommen. Der dritte Weg ist der des Nachdenkens. Er ist der Weg, den wir gehen müssen. Es ist der Weg des konstruktiven schöpferischen Geistes. Aber der Geisteskampf wird bei uns zur Zeit mit stumpfen Waffen geführt.

Aus der lebhaften Aussprache ging hervor, daß die mitten im wirtschaftlichen Leben und im offenen Tageskampf stehenden Gewerkschafter zu der Entwicklung eine vom rein wissenschaftlichen Standpunkt abweichende Stellung einnehmen. So wurde vor allem darauf verwiesen, daß der Lohnanteil am Produkt in der heutigen hochentwickelten Wirtschaft wesentlich niedriger ist, als bei der primitiven Herstellungsweise unserer Vorfahren. Um so größer ist die Bedeutung der Masselöhne für den volks-

wirtschaftlichen Konsum, und die Gewerkschaften werden wie bisher, so auch in Zukunft alles daransetzen, der Arbeiterschaft einen möglichst hohen Lebensstandard zu sichern. Die frühere Methode, neue Absatzgebiete zu erschließen, ist nach dem Kriege nicht mehr anwendbar. Wir müssen deshalb die Lösung des Problems innerhalb der nationalen Grenzen finden, und da wäre es vollständig verkehrt, auf den ausgeschrittenen Geleisen der Herabsetzung des Arbeitereinkommens eine Ankurbelung der Wirtschaft anzustreben. Die sichere Wirkung eines derartigen Verfahrens wäre die Verminderung der Kaufkraft bei gleichbleibenden Preisen und damit eine weitere Drosselung der Absatzmöglichkeiten und der Produktion. Hingegen kann an zahllosen Beispielen nachgewiesen werden, daß in einer Reihe von Industrien ganz gewaltige Gewinne erzielt und zur Erweiterung der Produktionsanlagen verwendet werden, ohne daß der wirkliche Wertzuwachs in den gestiegenen Aktienkursen zum Ausdruck komme. Wenn die Arbeitsleistung des einzelnen Menschen um das Mehrfache gesteigert worden sei, so muß sich auch die Wirtschaft darauf einstellen, ihrerseits die Steigerung der Produktionsmöglichkeiten der Allgemeinheit zu nutzen zu machen. Ein Mittel zu diesem Zweck sind die gewerkschaftlichen Lohnforderungen. An den Unternehmern liegt es, sich im Sinne einer vernünftigen Wirtschaft umzustellen. Solange das nicht geschieht, wird die Lohnpolitik der Gewerkschaften, so wirtschaftsfördernd sie sonst sein kann, notwendigerweise auf dem Boden des Klassenkampfes ausgefochten werden müssen. Im übrigen sind die Gewerkschaften gern bereit, im Interesse einer Ausgestaltung der Untersuchungsmöglichkeiten gemeinsam mit dem Institut für Konjunkturforschung und darüber hinaus mit allen Kreisen der Wirtschaft zusammenzuarbeiten.

### Der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften.

Es ist kein Zweifel, daß sich der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften immer mehr zuspitzt. Die Unternehmerverbände haben durch eine geschickte Beeinflussung der bürgerlichen Presse den Boden für einen Generalangriff auf die gesamte Sozialpolitik vorbereitet. In welchem Zusammenhang es auch sei, immer wieder liest das staunende Publikum, daß die verpönte Sozialpolitik an allem Unglück die Schuld hat. Nach Meinung dieser Leute hätten wir mit einer Wirtschaftskrise überhaupt nicht mehr zu rechnen, wenn die sogenannten überalton Lasten erleichtert, das verpönte Schlichtungsverfahren und andere Fürsorgemaßnahmen gegen die schrankenlose Willkür des Unternehmertums verschwinden würden. Es gilt, dieses Spiel zu durchschauen und zur Gegenoffensive zu rüsten.

Eine aktive Sturmkolonne für das Unternehmertum ist der Hansabund. Bereits früher hat er mit Denkschriften die Deffenlichkeit bombardiert, in denen in schärfster und demagogischer Weise gegen die Sozialpolitik gehetzt wurde. Neuerdings wird von diesem famosen Bund wiederum eine Denkschrift verbreitet, die zu den Steuervorlagen der Regierung Stellung nimmt. Bekanntlich vertrieben sich die bürgerlichen Parteien hinter allerhand Ausreden, wenn sie vom Reichsfinanzminister aufgefordert werden, positive Vorschläge zur Deckung des Fehlbetrages im Reichsetat zu machen. Nun ist der Hansabund in die Presse gesprungen mit einem Vorschlag, der eine Ersparung von 490 Millionen Mark an Ausgaben vorsteht. Der größte Teil dieser Sparvorschläge entfällt auf das Reichsarbeitsministerium mit 266 Millionen Mark. Die fortdauernden Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung (Steuerüberweisungen) sollen mit 69 Millionen Mark, die des Reichswehrministeriums mit 35 Millionen Mark und die des Verkehrsministeriums mit 17 Millionen Mark gekürzt werden. Bei den einmaligen Ausgaben sollen 51 Millionen Mark, darunter 12,4 beim Reichswehrministerium und 10,6 beim Verkehrsministerium, abgestrichen werden.

Man muß sagen, daß der Hansabund aufs Ganze geht. Bei den Streichungen der Ausgaben des Reichsarbeitsministeriums handelt es sich um folgende: Durch Auf-

Kollegen! Auf zur Frühjahrsagitiation!

# Kollegen! Werbt neue Mitglieder! Stärkt den Verband

hebung des § 205 d der Reichsversicherungsordnung soll das Reich von der Leistung des Zuschusses zur Familienwochenhilfe befreit, der dafür eingestellter Betrag von 32 Millionen Mark gestrichen und den Krankenkassen auferlegt werden. Ferner soll aus dem Reichshaushalt die Summe von 163,9 Millionen Mark gestrichen werden, die das Reich der Invalidenversicherung zur Befriedigung von Rentenansprüchen zu zahlen hat. Darüber hinaus sollen 20 Millionen Mark Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung (Pauschalbeiträge) gestrichen werden. Bei der Krisenfürsorge und bei der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge schlägt der Hansabund die Kürzung des Etats in Höhe von 175 Millionen Mark um 55 Millionen Mark vor. Man bedenke, daß der Arbeitsmarkt sich zur Zeit in einer Lage befindet, wie noch niemals zuvor. Der Hansabund leitet seine Großzügigkeit in dieser Frage von der Meinung her, daß die Einleitung einer umfassenden Neuorientierung auf dem Gebiete des Steuer- und Finanzwesens zu einer starken Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und somit zu einer Entspannung des Arbeitsmarktes führen würde. Wüßte man nicht, daß die Herren des Hansabundes quatschbergnütig auf Erden wandeln, so könnte man annehmen, daß sie auf dem Monde leben. Es gehört schon eine große Unkenntnis über die Antriebskraft der Wirtschaft dazu, wenn man annimmt, daß durch die Erspargung der sozialpolitischen Ausgaben eine ungeheure Blütezeit der Wirtschaft eintreten würde.

Die Denkschrift des Hansabundes, das tägliche Trommelfeuer in der Presse, die Kampfmaßnahmen der Unternehmerverbände und vieles andere bieten den entscheidenden Hintergrund für die große Offensive, die man gegen die Arbeiterklasse einzusetzen bemüht ist. Da eine Reichsregierung mit einem sozialistischen Einschlag vorhanden ist, hält man einen energischen Vorstoß am geeignetsten. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, was sie zu tun und zu lassen hat. In der Sozialpolitik darf es kein Zurück geben. Die Errungenschaften auf diesem Gebiete sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Gewerkschaftsarbeit. Deshalb ist schärfster Widerstand und nötigenfalls eine energische Gegenoffensive am Platze.

## Organisation des Berufsnachwuchses.

Es dürfte in unsern Reihen kaum noch Meinungsverschiedenheiten über den Wert unserer Jugendabteilung geben. Schon die Tatsache, daß wir zur Zeit etwa 8500 Lehrlinge organisiert haben, beweist am besten, daß alle Kräfte am Aufbau der Abteilung mithelfen. Wo sich noch in den ersten Jahren des Beginnes unserer Arbeit Widerstände in Kollegenkreisen oder bei den Eltern der Lehrlinge zeigten, sind diese überwunden, nachdem man sah, wie vorteilhaft und nützlich besonders in beruflicher Hinsicht sich die Mitgliedschaft in der Jugendabteilung auswirkte. Weiter trug die Mitarbeit vieler Fach- bzw. Berufsschullehrer an unserm Jugendorgan und in unsern Jugendveranstaltungen dazu bei, Eltern und Kollegen von dem Wert der Jugendarbeit in den Abteilungen zu überzeugen; denn diese würden sich kaum für eine unwürdige Sache einsetzen.

Soweit man es aus gelegentlichen Neußerungen von Arbeitgeberern und Artikeln in der Arbeitgeberpresse feststellen kann, gehen die Ansichten bei den Arbeitgebern darüber, wie sie sich zur Organisation des Berufsnachwuchses stellen sollen, noch weit auseinander. Während einige, durch Erfahrungen gewöhnt, sich nicht mehr gegen die Organisation des Berufsnachwuchses wenden, vertreten andere immer noch die Auffassung, daß mit allen Mitteln gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften, auch die Jugend zu organisieren, angekämpft werden muß, was dann auch praktisch von ihnen geschieht. Dabei sind sie

manchmal in der Wahl der Mittel nicht sehr wählerisch und scheuen nicht davor zurück, bestehende Gesetzesbestimmungen einfach zu ignorieren.

In letzter Zeit kann man die Beobachtung machen, daß bei den Arbeitgebern auch noch andere Ansichten laut werden. Sie haben gegen die Organisation der Lehrlinge keine Bedenken, ja treten sogar energisch für sie ein, allerdings mit der entscheidenden Einschränkung, daß die Organisation so aufgezogen wird, wie sie es wünschen. Der Zweck dieser Bestrebungen ist es, die Lehrlinge von der gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten, wenn dies auch vorerst nicht gesagt wird. Auf die Förderung der Junghandwerkerbünde durch die Arbeitgeber haben wir schon mehrfach hingewiesen und auch die damit verfolgte Tendenz gekennzeichnet. Auch das Innungen dazu übergehen, mancherlei Veranstaltungen für die Lehrlinge zu treffen, die teils mit den eigentlichen Aufgaben der Innungen nur in einem sehr losen Zusammenhang stehen, läßt Schluß zu.

In der Nummer 24 vom 15. März 1929 der „Allgemeinen Maler-Zeitung“ nimmt nun ein Malermeister und Fachlehrer zur Organisation der Berufsjugend Stellung. Nachdem er festgestellt hat, daß „die große Mehrzahl der Kollegen (Innungsmitglieder) für eine Organisation nicht reif ist“, vertritt er die Meinung, daß schon die Lehrlinge für eine Organisation reif gemacht werden müssen. Wird er sich also dafür einsetzen, daß die Jugendabteilung unseres Verbandes gestärkt wird? Weil gefehlt! Einige Bemerkungen lassen nur zu deutlich erkennen, daß er vom Wesen der Gewerkschaften wenig Ahnung hat; denn wie könnte er sonst zum Beispiel schreiben, daß der Ausgelernte mehr oder weniger merklich in die Gewerkschaft glitt, und hier nun als 18jähriger in das heiße Fahrwasser der Politik gezogen wird. Logischerweise mache er Schlüsse, verbrenne sich die Finger und werde später in der Regel ein Feind jeder Organisation. „Wie ganz anders könnte es sein“, meint er dann, „wenn der Jugendliche hineinwachsen würde in eine rein freundschaftliche Organisation, frei von politischen und religiösen Strömungen!“ Auch die Ausgelernten sollen in dieser Organisation bleiben, in der selbstverständlich die Meister die Führung haben sollen. Jede Innungsgruppe soll dazu einen Meister wählen; „denn die Verantwortung ist schließlich unsere“. Es wird dann zwar hinzugefügt, daß sich diese Organisation nicht mit gewerkschaftlichen Fragen befassen, sich also auch nicht im Gegensatz zu ihr stellen soll, aber dabei handelt es sich entweder nur um eine schöne Geste den Gewerkschaften gegenüber, oder der Verfasser des Artikels ist tatsächlich in Organisationsfragen naiver, als es sich schon aus seinem Artikel ergibt.

Welche Aufgaben weist nun der Herr Malermeister und Fachlehrer seiner neuen Organisation zu? Darüber heißt es wörtlich: „Hebung des Berufsstandes, Diskussionsabende, Besichtigungen, Fachvorträge, fachliche Wettbewerbe und gemeinsame Wanderungen.“ Wenn das der eigentliche Zweck der Organisation sein soll, dann ist sie recht überflüssig; denn auf den hier angeführten Gebieten ist schon die Jugendabteilung unseres Verbandes seit Jahren mit steigendem Erfolg tätig. Wir werden nächstens von dem Ergebnis unserer Umfrage über die geleistete Jugendarbeit in den Filialen berichten, daraus wird die Richtigkeit des hier Gesagten treffend hervorgehen.

Eine besondere Organisation für die Jugendlichen im Malergewerbe neben der schon durch unsere Organisation ins Leben gerufenen ist also überflüssig. Wenn der Artikelschreiber in der „Allgemeinen Maler-Zeitung“ glaubt, durch diese das Leben in den Innungen für spätere Zeit befruchten zu können, irrt er. Eine nur auf „Freundschaft“

beruhende große Organisation wird nicht von Bestand vor allem aber keine größeren Aufgaben erfüllen können. Nur die Organisationen, in denen der Zusammenhalt aus weltanschaulichem oder wirtschaftlichem Grunde folgte, können auf lange Dauer rechnen. Von einem Freundschaftsbund in der Arbeiterschaft, Allzweckverein, nennt, ist für die kulturelle und wirtschaftliche Hebung Berufsstandes nichts zu erwarten. Nicht das Gefühl Freundschaft, sondern das der Solidarität soll die Bande schaffen, die eine große Gemeinschaft zusammenhält. Solidarität ist mehr als Freundschaft. Sie bewährt sich auch dort, wo es sich um völlig fremde Menschen handelt, nur verbunden durch ihre gleichartige soziale Stellung, Wirtschaft und Staat.

Wir brauchen also keineswegs zu der bestehenden weiteren Jugendorganisation. Es genügt, wenn die Arbeitgeber ihren Widerstand gegen die organisatorische Fassung des Nachwuchses aufgeben und, das wäre das Streben, uns bei der Heranbildung eines geistig körperlich hochstehenden Nachwuchses unterstützen würden.

## Zweite Ausschusssitzung des ADBB.

Auf der 2. Tagung des Ausschusses des ADBB hatte Leipart den Bericht des Bundesstandes, wobei er zunächst auf die Bemühungen der Gewerkschaften um eine günstige Gestaltung der Krisenfürsorge und um den Ausbau der Invalidenversicherung hinwies. Er kam dann auf die Reparationsverhandlungen zu sprechen und betonte, daß an ihnen die Gewerkschaften beteiligt seien, als Vertreter des Bundes in Führung mit den deutschen Sachverständigen. Eine stärkere Ausnahme, die der Bund erstrebt, sei diesmal nicht zu suchen gewesen. An dem Deutschen Handwerksinstitut wird sich der Vorstand beteiligen, da das Institut nicht den Interessen des Meisterturns, sondern der Förderung des Handwerks in seinem ganzen Umfange dient.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten das Ausscheiden des Fabrikarbeiterverbandes aus der Unterstützungsvereinigung bedauert und an der Sache Änderung Kritik geübt. Herman Müller (Bundesvorsitzender) begründete die Notwendigkeit der Reform der Unterstützungsvereinigung. Der Austritt einzelner Verbände müsse auf die Dauer für sie von Nachteil sein, denn was die Gesamtbewegung mit der einheitlichen Unterstützungsvereinigung nicht erreiche, gelinge dem einzelnen Verband aus eigenen Mitteln noch weniger.

Es wird beschlossen, eine Kommission des Bundesausschusses, bestehend aus sieben Mitgliedern, einzusetzen, die den Auftrag erhält, die Verhältnisse der Unterstützungsvereinigung erneut zu prüfen und in Verhandlungen mit der Leitung einzutreten.

Über die Richtlinien für einen Fachauschuß der Gewerkschaftspresse sprach Seidel, der Direktor der Gewerkschaftszeitung. Der einzige Zweck, die Gewerkschaftsredakteure mit ihren Bestrebungen engerem Zusammenhange zu verfolgen, bestehe darin, gemeinsame Beratung den Ausbau der Gewerkschaftspresse zu fördern. Man wolle die gemeinsamen Interessen pflegen und eine Vertiefung der Gewerkschaftspresse aufbauen schaffen. Eine solche Vertiefung könne nur wirken, wenn sie den Namen des ADBB mit sich bringe. Der Bundesvorsitzende habe einen Richtlinienentwurf ausgearbeitet, worin Zweck und Befugnisse des Fachauschusses gekennzeichnet und seine Stellung im Rahmen der Gesamtorganisation festgelegt werden.

## Tageslauf.

Mit Thermosflasche und Brotpaket es morgens fort zur Arbeit geht.  
Man klappert sich seinen Krügen hoch, weil gar zu hart das Winterjoch.  
Dann lappert man sich zum Bahnhof hin, Entfernung kommt uns kaum zu Sinn.  
Die Hochbahn durch den Tunnel sauft, sie stöhnt und stampft, sie schurrt und braust; ermüdend wirkt die Litanei des ewigen, trägen Einerlei.  
Dann fährt man auf. Das Ziel erreicht! Die Wochenkarte vorgezeigt, und durch die Sperre, wie im Bann, zwingt sich die Masse, Mann bei Mann.  
Den letzten Schritt in letzter Hast, dann heißt es: Da! und: Angefaßt!  
Man hört des Spachtels Eisenklang, das Sandpapier scharf seinen Sang; der Pinsel knirscht beim Fliesenlied, das gellend froh den Bau durchzieht.  
Ja Mittag host der Lehrling Wurff und mag're Vollmilch für den Durst, und ihren Duft verquälmt die nette 4-3-Jano-Zigarette.  
Halb eins! Die Pause ist nur klein, dann hört man den Polier schon schrei'n, und weiter geht's nach festem Plan, bis Feierabend kam heran.  
Den Koffer aus, und hin zur Bahn, ein neues Logwerk ist getan, und ist die Thermosflasche leer, schon morgen ist sie voll und schwer, und ist das heutige Brot verdaut, man morgen wieder neues kauft.  
So flüchten Jahre uns vorbei in ewig trägem Einerlei!

August Steinbrügges.

## Ein vorbildlicher Eigenbetrieb der Arbeiterschaft

Von einem Teilnehmer einer vom Ortsausschuß Braunschweig des ADBB veranstalteten Besichtigung der Lindcar-Fahrradwerke in Lichtenrade bei Berlin ist uns nachstehender Bericht zugegangen.

Schon in den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung war durch die Gründung von Produktionsgenossenschaften versucht worden, in die Vorherrschaft des Unternehmertums Breche zu legen. Die Erfolge haben den Erwartungen nur selten entsprochen. Sie konnten das nicht, weil die Voraussetzungen für einen Absatz der erzeugten Waren noch nicht vorhanden waren und die Arbeiterschaft ihre Macht als Konsument noch nicht begriffen hatte. In den jahrzehntelangen Kämpfen, die von den Gewerkschaften um die Verbesserung der Lebenslage und um die Anerkennung der Arbeiterschaft als gleichberechtigten Faktor im Staat und in der Wirtschaft geführt wurden, ist das anders geworden. Die Arbeiterschaft hatte Zeit und Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln. Sie mußte zu der Einsicht kommen, daß unter den veränderten Verhältnissen in der Stellung als Produzent Machtquellen verborgen sind, die ihrem Streben erschlossen und konsequent weiterentwickelt, als starker Stützpunkt dienen und auf den Ausgang von Wirtschaftskämpfen bestimmenden Einfluß ausüben können.

Nachdem schon vor dem Kriege — meist als Folge erbitterter Lohnkämpfe — in einigen Berufen genossenschaftliche Eigenbetriebe der Arbeiterschaft ins Leben gerufen waren, die sich unter der planmäßigen Leitung zielbewusster Berufsangehöriger zum Teil sehr gut entwickelten, sind in neuerer Zeit die Gewerkschaften selbst dazu übergegangen, durch Schaffung eigener Produktionsstätten ihren Einfluß auch in der Industrie geltend zu machen.

Weitab vom Getriebe der Weltstadt Berlin, in dem landschaftlich schön gelegenen Dorfe Lichtenrade, ist unter Beteiligung der freien Gewerkschaften Ende 1926 das Lindcar-Fahrradwerk entstanden. Das festgesetzte Stammkapital wurde von den Verbänden, an der Spitze der ADBB, in Form von Namensaktien über-

nommen, so daß ein Handel mit den Papieren und Uebergang in fremden Besitz ausgeschlossen ist. Der Aufsichtsrat setzt sich aus Vertretern der beteiligten Gewerkschaften und der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen. Mit dieser Uebernahme war nicht ein neuer und ausdehnungsfähiger Absatzboden geschaffen, sondern die Ortsausschüsse des ADBB wurden die Träger der Propaganda und damit des Lindcar-dankens überhaupt. Dem Zwecke der Propaganda diente auch die Besichtigungsreise, die vom Ortsausschuß Braunschweig veranstaltet und mit einer Konferenz zur Beratung von Maßnahmen für die Hebung des Wertes der Eigenerzeugnisse im Bezirk verbunden war.

Das dem Werk zur Verfügung stehende Gelände faßt 32 000 Quadratmeter, von denen erst 12 000 Quadratmeter bebaut sind, so daß die Möglichkeit für eine weitere Ausdehnung der Fabrikationsbasis reichlich vorhanden ist. In geräumigen Hallen, bei deren Bau besondere Rücksicht auf die Zulassung von Luft und Licht gelegt wurde und die den hygienischen Anforderungen in vollem Maße entsprechen, wird das Rohmaterial, besser Stahl, zu massigen Fahrradteilen verarbeitet. Da finden wir musterergültiger Anordnung eine Dreherei, Schloß-Schweißerei und Lackerei; dann Abteilungen, in denen die halbfertigen Rahmen und Gabeln auf das gründliche von Öl und Schmutz gereinigt, wo sie auf Schmirbstein geschliffen und durch Sandstrahlgebläse für Vernickelung oder Emaillierung hergerichtet werden. eigenliche Vernickelungsanstalt, die Lackiererei und eine Abteilung, in der das Zusammenfügen erfolgt, jedes einzelne Rad auf Widerstandsfähigkeit aller Teile und genauen Lauf geprüft wird, bilden mit der Verfertigung den Abschluß des Produktionsprozesses.

Als Lenke vom Fach werden sich unsere Kollegen allem für die Einrichtungen und Arbeitsverhältnisse der Lackiererei interessieren. Daß alle Errungenschaften moderner Lackier- beziehungsweise Emailtechnik zur Anwendung kommen, versteht sich bei Eigenart dieses noch jungen musterergültigen Betriebes

# Jeder Berufskollege muß Verbandsmitglied sein!

...wurde über den Sachausschuß für die Gewerkschaften... wird nach kurzer Aussprache angenommen. Bei der... des Sachausschusses wurden gewählt: Lanke... gkeit, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter),... (Textilarbeiter-Zeitung), Scheffler (Holz... ter-Zeitung), Seidel (Gewerkschafts-Zeitung) und... ninger (Keramischer Bund, Fabrikarbeiter-Ver... Der Sachausschuß wählte Scheffler zum Vor... den, Dressel zum Stellvertreter.

Ueber die Aufgaben der Zentralverbände und des... des Vorstandes auf dem Gebiet der

## Gewerhygiene und Gesundheitsfürsorge

Der Leiter der gewerhygienischen Abteilung des... Dr. Meyer-Brodnik: Die Gewerkschaften... so führte er aus, im Interesse ihrer Mitglieder über... schädlichkeit oder Unschädlichkeit der in den Betrieben... beitelten Materialien ständig auf dem laufenden sein. ... Auskunftserteilung stehe die gewerhygienische Ab... gung des WGB zur Verfügung. Ernste Schädigungen... rbeiter gingen von den bei der Produktion oft ange... chemischen Stoffen mit allerhand Phantasienamen... Der Arbeiter wisse oft gar nicht, mit welchen Giften... Verührung kommt. Selbst der Fabrikant wisse oft... Bescheid. Notwendig sei eine Deklarations... ht, für deren Einführung das Arbeiterschutzgesetz in... schaf eine gewisse Handhabe biete. Das Fabrikations... nis werde dadurch nicht bedroht, da nur der Prozent... an giftigen Stoffen, nicht aber die Zusammenfassung... lert werden müsse. Auf dem Gebiete der Gewerbe... sei die Verordnung über Berufs... kheiten die wichtigste Rechtsgrundlage. Sie ent... den Mangel, daß bei Begutachtungen als „geeignete...“ im Sinne der Verordnung Vertrauensärzte der... genossenschaften und Fabrikärzte herangezogen... n. Empfehlenswert sei die Errichtung... rbeitsärztlicher Untersuchungsstellen... die Krankenkassen. Die Verordnung selbst... unbedingt ausgebaut werden. Berufsgenossenschaften... rbeiterschaft hätten ferner ein starkes Interesse an... Erlaß von Krankheitsverhütungsvor... rfen, und fast noch wichtigere Aufgaben als auf... Gebiet der Gewerhygiene erwachsen den Gewerk... n aus der Tätigkeit für das allgemeine Ge... heitswesen.

Leipziger empfahl den Bundesvorständen, in ihren... albüros Sachbearbeiter mit der Verfolgung... m Referenten angeregten Aufgaben zu betrauen. ... kler (Steinarbeiterverband) machte auf die neuen... krankheiten aufmerksam, die durch Preßluft... zeuge hervorgerufen werden. Haupt (Fabrik... rverband) wünschte, daß auch Berufskrankheiten, die... fest umrissene Krankheitsbilder aufweisen, ver... urgsrechtlich erfaßt werden. Meyer-Brodnik... ste in seinem Schlußwort eine Anregung Kiebel's... (Lehrbund), Anträge an den Reichswirtschaftsrat über... beziehung von Berufskrankheiten in die Verordnung... em WGB. zuzuleiten.

Dann nahm der Ausschuß einstimmig folgende Ent... dung zur Unfallverhütung an:

Die Gewerkschaften haben seit Jahrzehnten auf die... ren der Arbeit und die meist sehr schweren Folgen... betriebsunfällen aufmerksam gemacht und sich bemüht... besseren Unfallschutz zu erreichen. Sie haben dabei... bis in die letzte Zeit, für ihre Forderungen nicht... Verständnis gefunden.

Der Bundesausschuß hält zur Erreichung eines wirk... n Schutzes gegen die Berufsgefahren... einer engen Zusammenarbeit von Behörden und den

## Gewertschafft.

Wir sind zusammengeschlossen in einer Gewerkschaft. Gewerkschaft aber kommt her von Werk. Und Werk heißt schaffen. Werk ist lebendiges Handeln, ist frohe Tat. Wenn der künstlerische Meister seine Arbeit vollendet hat, dann spricht er vom „Werk“, das er geschaffen. Zum Werk gehört die menschliche Seele, die Verbindung mit dem innerlich Menschlichen. Werk ist etwas Schönes, und einen gewissen Stolz hat stets der, der von einem vollendeten Werke spricht.

Die Arbeit des Volkes ist leider zu wenig Werk. Sie ist Mühsal. Sie wird wegen des Brotes, wegen der Existenz vollbracht. Tag für Tag. Und wenn der arbeitende Mensch nach Schluß der Arbeit zu Hause angekommen, dann spricht er darum nicht froh von seinem Werke, das er geschaffen, sondern von seinem Tagwerk, das er hinter sich hat.

Wie klingt doch die Sprache! Wie offenbart sie uns das Leben, wie es ist! Wie müde hört es sich an, wenn vom erledigten Tagwerke die Rede ist. Nach Ueberstandem klingt es, nach endlich glücklich Ueberstandem. Aber Werk soll sein! Frohes, herrliches Werk, das auch in der Feierstunde noch beseligend nachklingt im Herzen.

Und darum, ihr Säumigen, ihr Außenstehenden, in die Gewerkschaft hinein und vorwärts mit ihr! Nur sie kann das Arbeitsleben gestalten zum Werke hin!

Wer sein Ohr einmal der Seele der Sprache leiht und der Seele der Sprache sehnd und liebend lauscht, der fühlt, daß die Sprache etwas Schönes geschaffen, wenn sie den Bund arbeitender, schaffender, freier Menschen Gewerkschaft nennt.

beruflichen Vereinigungen der Unternehmer und Arbeiter auf diesem Gebiet eine maßgebliche Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Aufstellung und Beratung von behördlichen Arbeitsschutzbestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften für notwendig. Durch öftere und eingehende Kontrolle der Betriebe und Arbeitsstellen ist die Durchführung des Arbeitsschutzes zu fördern. Die Zahl der Ueberwachungsbeamten ist zu erhöhen. Die neuen Stellen sind vorwiegend durch Arbeiter zu besetzen. Ihre beruflichen und betrieblichen Kenntnisse und praktische Erfahrungen sind zur Erreichung eines verstärkten Arbeitsschutzes dabei auszunutzen. Bei den Betriebsrevisionen sind die Betriebsräte zu beteiligen. Die Betriebsräte sind über ihre Aufgaben auf dem Gebiete des Unfall- und Gesundheitsschutzes zu schulen; ihre Position bei der Erledigung dieser Aufgaben ist zu stärken.

Durch Staffellung der Beiträge für die Unfallversicherung entsprechend dem Stande der Sicherheit des einzelnen Betriebes und der zu ihrer Erhöhung getroffenen Maßnahmen, ist ein Anreiz zur Verbesserung der Betriebsbedingungen zu geben. Zur Erprobung unfallverhütender Maßnahmen und unfallsicherer Arbeitsweisen sind öffentliche Mittel bereitzustellen.

Der Bundesausschuß richtet an die gesamte Arbeiterschaft zugleich erneut die Aufforderung, den Gefahren der Arbeit

stärkste Beachtung zu widmen. Zu den bisher bekannten Unfall- und Gesundheitsgefahren werden weitere hinzutreten, die durch die fortschreitende Mechanisierung des Arbeitsprozesses, durch Ausdehnung der Fließarbeit und Verarbeitung immer neuer, noch nicht erprobter Rohstoffe entstehen. Jeder Arbeiter muß dafür sorgen, daß die zu seinem Schutze vorgesehenen Einrichtungen vorhanden und in gutem Zustande sind!

Jeder muß sich für die genaue Befolgung der Schutzbestimmungen einsetzen. Verstöße dagegen dürfen nicht vorkommen, schadhafte Werkzeuge und Betriebseinrichtungen nicht benutzt werden. Wo Gefahrenquellen entstehen, sind sie sofort zu beseitigen. Ist ihre Abstellung nicht unverzüglich zu erreichen, muß die Hilfe der Betriebsvertretung oder der zuständigen Gewerkschaft in Anspruch genommen werden.

Ueber das Schlichtungswesen hielt dann der Leiter der arbeitsrechtlichen Abteilung beim Bundesvorstand, Clemens Krügel, ein sehr instruktives Referat. Zusammenfassend erklärte der Redner: Nach meiner Auffassung müssen die Gewerkschaften sich dahin entscheiden, daß das Schlichtungswesen eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen hat, daß die Verbindlichkeitsklärung ein staatspolitischer Akt ist. Diese Stellungnahme unterwirft die Gewerkschaften nicht bedingungslos dem Staat. Sie enthebt die Gewerkschaften nicht von der Verpflichtung ständiger Kritik. Die Entscheidung für diese Stellungnahme wird die Verbindung der Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern nicht etwa lockern, sie wird durch diese gesetzliche Regelung ebenso stärker werden, wie sie durch das Arbeitsgerichtsrecht und durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung stärker geworden ist. Das Schlichtungswesen bedeutet die Einflußnahme der Gewerkschaften auf den Staat, sie bedeutet die Politisierung des Lohnes. Die Wirtschaftsdemokratie, für die wir eintreten, soll zu einer unmittelbaren Einflußnahme auf die Wirtschaft führen. Schlichtungswesen und Wirtschaftsdemokratie bilden eine unauflösbare Einheit. Sie sind ein Ganzes. Diese Tatsache muß bei einer Entscheidung volle Berücksichtigung finden.

In der Diskussion wurde dargelegt, bei aller Anerkennung einer positiven Haltung der Gewerkschaften zum Staat dürfe nicht übersehen werden, daß in der gegenwärtigen Verfassung des Schlichtungswesens die Gefahr enthalten sei, daß die jeweils in der Regierung herrschende politische Tendenz in der Lohnpolitik Geltung bekommen kann. Die staatlichen Schlichtungsbehörden sollten in ihrer Bedeutung eingeschränkt werden durch das tarifliche Schlichtungswesen, das den Gewerkschaften einen Einfluß auf die Wahl der Vorsitzenden der Schlichtsamter gibt, während im gesetzlichen Schlichtungsverfahren diese Persönlichkeiten unabänderlich gegeben sind. Je größer jedoch der Einfluß der Schlichtungsbehörden auf die Lohnbildung ist, um so wichtiger sei es, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung im Staatswesen steigern. Solange der Einfluß der Arbeiterbewegung im Staate unzulänglich ist, sei das Mißtrauen gegen die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden begründlich. Die Aenderung bestehender Verträge durch Eingriffe der Schlichtungsbehörden müsse abgelehnt werden. Zur Entscheidung stehe die Frage, ob die Regelung der Löhne eine Angelegenheit des Staates ist, bei der die Organisationen Hilfe zu leisten haben — oder umgekehrt. Es müsse im Prinzip dabei bleiben, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen ebenso wie die Durchführung der Tarifverträge Aufgabe der Organisation ist. Der Staat könne hierbei nur Hilfe leisten. Ein weitgehendes Schlichtungsrecht sei jedoch noch kein Einschränkung der Streikfreiheit der Gewerkschaften. Kein Staat würde es sich

## Gebet des Proletariats.

Weltgeist, ich will mich niemals alleine auf dich verlassen. Weltgeist, ich will immer für die Allgemeinheit schaffen, dann werde ich, o Weltgeist! für dich und auch für mich schaffen. Ich will mithelfen, daß da dereinst das Reich der Vernunft, Schönheit und Friedfertigkeit auf Erden komme. Die an der Ausbeutung und die an den Kriegen Schuldigen will ich bekämpfen, wo immer ich kann. Freies Brot soll dereinst jeden freien Menschen beglücken. Alles Ueble kommt von der Rücksichtslosigkeit und diese Rücksichtslosigkeit will ich austrotten, wo immer ich sie finde, auch in meinem eigenen Herzen. Es gibt eine Herrlichkeit von Ewigkeit zu Ewigkeit und diese Herrlichkeit ist das Sittengesetz hinter aller Rauheit des Lebens. Und diesem deinem Sittengesetze, o Weltgeist, will ich zu Achtung und Geltung verhelfen, wo ich wirke und wo ich leide. Das sei gewißlich wahr! Amen. Max Dorka.

## Arbeiter, werde wach!

Arbeiter, schone die Kraft, die das Geistige schafft. — Maschinen werden dich ersehen, maschinelles dich zu Tode hehen. Arbeiter, werde wach!

Arbeiter, vielleicht hast du recht, du bist deines Geistes Ancht; Aber, vergiß nicht die Not, die deinem Kinde droht! Arbeiter, werde wach!

Arbeiter, bleibst du nur Fleisch und Blut, wirst alle Zeit geduldet als Onadenbrut. Nur wenn wissend, wirst die Gefahr erkennen; Dann wird man dich im Kampfe Sieger nennen. Wisse, Wissen ist Macht. Arbeiter, werde wach! Otto Dräyer, Kiel.

## Wenn wir uns kennen würden!

Lange wohnen wir zusammen in einem Hause, wir und die andern. Wir sahen uns oft und sprachen uns oft und waren stets freundlich.

Doch die Wohnung paßte uns nicht. Wir mußten sie wechseln und fanden mit Mühe eine andere. Wir zogen um.

Doch als wir dann Abschied nahmen von unsern Wohnungsgenossen im alten Hause, da lernten wir uns erst richtig kennen. Wir waren doch mehr zu Freunden geworden, als wir dachten. Und menschlich standen wir uns viel näher, als wir glaubten. Und über Schwächen sahen wir jetzt hinweg. Und wir verstanden die andern nun in so manchem. Es waren doch Menschen wie wir. Und da dachten wir, wie wir Menschen doch alle viel menschlicher zueinander wären, wenn wir uns kennen würden. Aber das Hasten jagt uns aneinander vorbei. Und der Kampf um den Tag läßt uns zum Menschlichen so wenig Raum. Und so sind wir entzweit dem großen Gemeinsamen. Studenden, Einem und merken es kaum.

Für die Schwarzlackierererei wird das Lauchver... angewandt. Jeder Rahmen erhält einen Rostschu... ach und zwei Lackstrieche. Nach jedem Arbeits... durchlaufen die Rahmen einen automatischen Trocken... dem der Lack bei etwa 200 Grad eingebrannt wird. ... der Buntlackierung wird aus Zweckmäßigkeit das... erfahren in Anwendung gebracht. Farbige Rahmen... in besonderen Oefen bei einer Temperatur von... 100 Grad getrocknet, da diesen Lacken höhere... egrade nicht zuträglich sind. Nach dem Absehen... die einzelnen Teile noch einmal dem Trockenofen... rauf, um auch den Buntfarben, Goldlinien usw. die... dige Härte zu geben. Die Preise, die unsere... verkollegen für die einzelnen Arbeitsgänge erhalten... nach ihren eigenen Angaben so gefest, daß der Ver... höher ist als in gleichgearteten Privatunterneh... n, und der Betrieb also auch auf diesem Gebiete jeden... sich aushalten kann.

is vorbildlich sind die hygienischen Einrichtungen des... anzuprechen. In hellen luftigen Räumen sind... und Badegelegenheit untergebracht. Eine Kan... it Küche und großem Speiseraum sorgen für die... Bedürfnisse der Belegschaft, wo für mögliches... (Mittagsstisch für 50 J) schmackhaftes und ab... angereichertes Essen verabfolgt wird.

er ist ein Werk entstanden, das den leitenden Ver... alle Ehre macht. Außerster Sorgfalt und Gewissen... eit in der Produktion, Verwendung nur besten Ma... usw. geben die Gewähr, daß die Erzeugnisse des... Fahrradwerkes jede Konkurrenz mit den als erst... bekannten Markenrädern aufnehmen können. An... ganisierten Arbeiterschaft liegt es nun, für den Ab... es eigenen, auf gewerkschaftlich-genossenschaftlicher... lage aufgebauten Betriebes zu werben und einen... en Ausbau durch gesteigerte Abnahme von Lindcar... zu ermöglichen. Den Mitgliedern der Gewerk... n werden alle Erleichterungen gewährt. In den... ädten sind für d... Vertrieb der Lindcarräder be... 28 Niederlagen errichtet. Kleinere Orte können zu

# Ehrensache eines jeden Kollegen muß es sein, dem Verband anzugehören, um seine Wirksamkeit zu erhöhen

gefallen lassen, daß sich die Wirtschaftskämpfe hemmungslos ausbreiten. In bestimmten wichtigen Industrien, in denen die Vereinfachung der Unternehmer zum Abschluß von Tarifverträgen äußerst gering ist, würden ohne ein weitgehendes Schlichtungsrecht die Arbeitskämpfe größten Umfang annehmen. Namentlich in einer in wachsendem Umfang gebundenen, vom Staate stark beeinflussten Wirtschaft werde der Staat auch Einfluß nehmen müssen auf die Regelung der Arbeitsbedingungen.

Das Ergebnis der Diskussion wurde in folgendem, vom Bundesausschuß einstimmig gefaßten Beschluß zusammengefaßt:

„Der Bundesausschuß hält an der Auffassung fest, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen Aufgabe der Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ist, während dem Staat nur die Aufgabe zufällt, den beiderseitigen Organisationen im Bedarfsfalle hierbei Hilfe zu leisten. Die umgekehrte Verteilung dieser Aufgabe lehnen die Gewerkschaften ab. Die freien Tarifverhandlungen der Parteien werden von den Gewerkschaften jedem Zwangscharakter entschieden vorgezogen. Je mehr die Unternehmer sich bereitfinden lassen, in freier Vereinbarung annehmbare Tarifverträge abzuschließen und das freie tarifliche Schlichtungswesen loyal zu fördern, um so jeftener wird der Staat genötigt sein, mit seiner Hilfeleistung in die Arbeitskämpfe einzugreifen.“

Danach berichtet Maschke, der Jugendsekretär des DGB, über die Einrichtung und Bewirtschaftung von Ferienheimen. Der Ausschuß war der Meinung, daß die Frage der Ferienheime nicht einzelverhandlich geregelt werden solle.

Der Bundesausschuß nahm außerdem ohne Debatte die beiden folgenden Entschlüsse einstimmig an:

### Zum Arbeitszeitgesetz.

Der Bundesausschuß nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die endgültige Fassung des dem Reichstag vorgelegten Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes in keiner Weise die Kritik berücksichtigt hat, die der 1926 vorgelegte Entwurf auf Seiten der Gewerkschaften hervorgerufen hat.

Gerade in bezug auf die Arbeitszeitregelung sind sowohl im Personenkreis durch weitere Herausnahme einzelner Gruppen aus der Regelung, wie auch in bezug auf die zugelassene Dauer der Arbeitszeit selbst sogar weitere Verschlechterungen zu verzeichnen. Die Bestimmung, wonach für Betriebe mit in der Regel nicht mehr als fünf Arbeitnehmern abweichende Regelungen getroffen werden können, steht in krassem Widerspruch zum Washingtoner Abkommen. Der Verzicht auf die Festlegung der 48-Stunden-Woche, der eine zusätzliche Sonntagsarbeit ermöglicht, muß unter allen Umständen als ein unerträglicher Rückschritt bezeichneter werden. Die zahlreichen Ausnahmen vom Achtstundentag für Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten für Arbeitsbereitschaft und Mehrarbeit, machen die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages bedeutungslos.

Unbefriedigend bleibt der Entwurf auch in bezug auf den Schutz der Jugendlichen und Frauen.

Die Bestimmungen über den Betriebsgefahrenschutz haben ebenfalls den grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften nur zum geringen Teil Rechnung getragen. Insbesondere ist aber bei der Organisation der Arbeitsaufsicht die Forderung nach einer Verreichlichung und Vereinheitlichung nicht erfüllt worden. Der Entwurf bleibt hier in Halbheiten stecken, indem er die Hoheit der Länder und damit die Dezentralisation auf dem Gebiet der Arbeitsaufsicht bestehen läßt.

Demgegenüber verweist der Bundesausschuß erneut auf die in der Entschliebung des 13. Gewerkschaftskongresses in Hamburg festgelegten Forderungen der Gewerkschaften zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht und erwartet vom Reichstag, daß er bei der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes diesen Forderungen Rechnung tragen wird.

### Zur Wohnungsfrage.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag Richtlinien für das Wohnungswesen zur Stellungnahme zugeleitet. Die Anhänger der freien Wirtschaft, insbesondere die Haus- und Grundbesitzer sowie das Baupekulantentum, laufen gegen die darin enthaltenen Grundzüge Sturm.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sieht im Gegensatz zu der Auffassung dieser Kreise in den Richtlinien brauchbare Ansätze zu einer planmäßigen Wohnungspolitik. Die Reichsregierung hat sich mit diesen Vorschlägen den Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände vom November 1926 und Januar 1928 merklich genähert. Trotzdem bleibt der Regierungsentwurf hinter den von den Gewerkschaften aufgestellten Grundzügen noch wesentlich zurück. Der Bundesausschuß erwartet deshalb vom Reichstag, daß dieser bei der Durchberatung der Richtlinien den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung trägt. Als die wichtigsten Punkte des gewerkschaftlichen Wohnungsbauprogramms hebt der Bundesausschuß hervor:

1. Die sofortige reichsgesetzliche Sicherstellung des Hauszinssteuerabkommens für den Wohnungsbau auf mindestens 25 Jahre.
2. Volle Abführung der von den Mietern gezahlten Hauszinssteuer durch den Hausbesitzer an den Staat.
3. Stärkere Zusammenfassung der Wohnungswirtschaft beim Reich, insbesondere Auffstellung eines mehrjährigen Reichswohnungsbauprogramms.
4. Verteilung der Bauausführungen über das ganze Jahr.
5. Restlose Zuführung der bereitgestellten Mittel für den Bau von Wohnungen, die den Bedürfnissen der arbeitende Bevölkerung entsprechend, und deren Mieten für die Arbeiterklasse erschwinglich sind.
6. Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieterrechtes.

### Die andern und du.

Die andern sind es von jeher. Nur an den andern liegt es, wenn nicht gehörig agitiert wird, wenn die Versammlungen nicht besser besucht und die Beiträge nicht pünktlich gezahlt werden. Die andern sind schuld daran, daß die Organisation noch nicht stark genug ist, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen besser gestalten zu können.

Die andern haben noch nie etwas getan, und selbst du hast bisher nichts getan: weil die andern ja auch nichts tun. Die andern aber sagen, daß sie nur deshalb nichts tun, weil auch du nichts tust. Willst du dir das von den andern nachsagen lassen? Schaff dir doch endlich diese faule Gesellschaft vom Hals! „Die andern“ stehen dir im Wege auf Schritt und Tritt und haben dich immer und immer wieder am Vorwärtkommen verhindert. Laß sie einfach links liegen, „die andern“, tue als Verbandskollege deine Schuldigkeit, und — von all' den andern wird kein Einziger mehr übrig bleiben. Denn „die andern“, das bist du, gerade du, und nur du allein. An dir selbst liegt's, nur auf dich kommt es an!

### Die gewaltige Macht des Massenwillens.

Ueber die Frage, was die Stimmung der Massen in gewissen Momenten zu leisten vermag, brachte kürzlich die Zeilage des „B. L.“, „Der Weltspiegel“ verschiedene Bilder. In den begleitenden Worten heißt es unter anderem: „Was die „Masse Mensch“ in ihrer schicksalvollsten Steigerung bedeutet, haben wir im Weltkrieg und in der Revolution miterlebt. Wir waren ja selbst Glieder der Masse, wurden unbarmherzig in sie hineingepreßt wie willenslose Teilmoleküle, die dem Druck eines Stahlzylinders preisgegeben sind. Wir alle hatten unsere eigene Meinung oder sollten sie doch wenigstens haben — aber erst hinterher kam uns zum Bewußtsein, daß die Bedeutung des einzelnen zu einem Nichts zusammenschmolzen war — der Strom ging seinen Weg unheilvoll oder glücklich, bis endlich auch der Tropfen wieder Mensch wurde. Die Bilder auf dieser Seite sind harmloser, aber sie zeigen deutlich, daß der Dämon Masse mehr als je dem modernen öffentlichen Leben sein Gepräge gibt. Morgen schon können wir ihm verfallen sein, als Zuschauer, als Neugierige, als geduldige „Schlangenseher“ — und dann plötzlich wieder in leidenschaftlichem Aufruhr. Wie ist das Geschöpf Masse? Voll Andacht, voll Begeisterung, voll Haß und Liebe — politisch, religiös, stumpfsinnig, ein riesenhaftes Chamäleon der Umwelt.“

Wir leben in einer Zeit, wo die Bedeutung des einzelnen in der Tat zu einem Nichts zusammenschmolzen ist. Die Zusammenfassung der „Masse Mensch“ zu einem einheitlichen Willen wird immer mehr zu einer bedeutungsvollen Kunst. Die Gewerkschaften bilden jene Sammelbecken, wo die Massen zur wirtschaftlichen Stoßkraft zusammengefaßt werden. Auch sie sind wert, mit Andacht, Hingabe und Begeisterung unterstützt zu werden.

### „Die Enternung des Unternehmertums.“

Die D-Banken haben in kurzer Folge ihre Berichte und Bilanzen nacheinander veröffentlicht. Sie sind bemerkenswerte Lesestücke über die gegenwärtige Lage der Wirtschaft und die Einstellung maßgebender Wirtschaftsführer dazu. Die vier Institute (Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter- und Nationalbank) hatten im verfloßenen Jahre einen Gesamtumsatz von 792 Milliarden Mark. Das Eigenkapital beträgt 800 Millionen Mark. Diese Ziffern beweisen allein schon, daß die Großbanken einen großen Teil des Nationalvermögens kontrollieren, und vor allen Dingen über eine Menge maßgebender Industrieunternehmungen herrschen. Wenn derartige bedeutungsvolle Unternehmungen zu den Fragen der Wirtschaft das Wort nehmen, so darf man erwarten, daß eine solche Stellungnahme von großartigen Gesichtspunkten aus, diktiert vom Standpunkt des Gemeinwohles, geschieht.

### Die „teuren“ Menschenhände.

Man ist schmerzlich enttäuscht, wenn man die Lektüre der Großbankberichte genossen hat. Es ist dort weder etwas von Großzügigkeit, noch von vorausschauender Inflation oder von anregenden Entwicklungsmöglichkeiten zu spüren. Statt dessen aufgewärmte Ladehüter, Klagen über hohe Steuern, soziale Lasten, über das staatliche Schlichtungswesen und was dergleichen Dinge mehr sind. Darin stimmen alle Berichte überein. Die Deutsche Bank erwähnt in ihrem Geschäftsbericht u. a. folgendes: „Die Unternehmer sehen sich gezwungen, wenn die Lohnhöhe nicht durch Produktionssteigerung ausgeglichen werden kann, Erfaß der teuren Menschenhände durch Maschinenarbeit zu suchen oder durch Zusammenschlüsse und Zusammenlegung der Betriebe billigere Massenproduktion anzustreben.“ Die Deutsche Bank ist die größte Privatbank hierzulande. Wenn diese von teuren Menschenhänden spricht, dann sollte man erwarten, daß sie dies nicht leichtfertig tut. Dennoch wird aber wohl niemand behaupten wollen, daß die Arbeitshände in Deutschland allzu teuer sind. Es gibt eine

ganze Reihe Industrieländer, wo die Menschen wesentlich teurer sind. Von den 15 Millionen gewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen haben mehr als die Hälfte ein Einkommen bis zu 2000 M im Jahre. Wenn derart feststeht, dann ist es bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung von teuren Menschenhänden zu sprechen.

### „Verantwortungslose Generation.“ — Löhne als Produktionskosten.

Die Disconto-Gesellschaft muß einen hohen Stand der deutschen Wirtschaft feststellen: „Eine hohe und gut behauptende gewerbliche Erzeugung, hohe Arbeitseinkommen und mindestens der Vorkriegshöhe entsprechende Umlauf- und Verbrauchsziffern sind die hervorragenden Merkmale der deutschen Wirtschaft im Jahre 1928.“ Trotzdem dies geschieht, schreibt diese Bank, dem sie die Sozialversicherung einer Kritik unterzogen folgendes: „Es entsteht die Gefahr, daß eine verantwortungslose Generation heranwächst, die von der Wirtschaft aus deren Ertrag die Sozialpolitik allein ihre Nahrung schöpfen kann, stets nur zu fordern, nicht aber auch zu geben gewillt ist. Die staatliche Lohnpolitik hat einen der wichtigsten Faktoren unter den Produktionskosten in der Weise verteuert, die schwere Beeinträchtigung der Rentabilität und mit ihr der Kapitalbildung zur Folge hat.“ Die „verantwortungslose Generation“ wollen wir an dieser Stelle mit der Direktion der Disconto-Gesellschaft streiten. Große Verwunderung erregt es jedoch, wenn dem Geschäftsbericht einer solchen Großbank von Löhnen allein als Produktionskosten Rede ist, ohne dabei zu erwähnen, daß die Lohn- und halbeinkommen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung letzten Endes den Untergrund für eine geordnete Entwicklung abgeben. Nur bei einem einigermaßen verteilbaren Lohnniveau ist eine Geschäftsentwicklung möglich, die die Bank selbst an Hand ihrer Ergebnisse folgende Zahlen illustriert:

Wechseleingang: 1926 = 100, 1927 = 155, 1928 = 180  
Scheckeingang: 1926 = 100, 1927 = 148, 1928 = 175

### Gute Geschäftsergebnisse und dunkler Pessimismus.

Die gesamten Umsätze der D-Banken geben ein eindrucksvolles Bild von einer immerhin gesunden Wirtschaft. Die Entwicklung derselben in den letzten 4 Jahren ist folgende: 1925 397, 1926 513, 1927 677 und 1928 792 Milliarden Mark. In dem gleichen Umfange als Geschäftsumsätze sind auch die Gewinne der Großbanken gestiegen. Die offenen und stillen Reserven übersteigen teilweise das Aktienkapital. Angesichts dessen sind Klagen und pessimistische Äußerungen der Großbanken nichts als die Ausgeburt eines ausgeprägten Fatalismus. Wie soll die Wirtschaft neue Kräfte schöpfen, wenn die maßgebendsten Führer des Finanzkapitals eine derartige müde Resignation an den Tag legen? Uebereinstimmend wird festgestellt, daß der Kapitalmangel eine der Hauptursachen des langwierigen Vorwärtstretens der Wirtschaft ist. Dies wirkt von seiner Seite um so bestrebender, da die Verteuerung des Kapitals letzten Endes in der überhöhen Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen ihre Ursache hat. Würden die Banken sich mit weniger Gewinn begnügen, so würde der produktiven Wirtschaft eine große Erleichterung verschafft. Doch die Großbanken scheinen an naheliegenden Dingen nicht zu denken. Man bewegt sich auf allgemeinen Plathheiten, ohne selbst zur Ueberwindung Schwierigkeiten Hand ans Werk zu legen.

### „Im Unternehmertum zu viel Bureaukratismus.“

Auf einen etwas andern Ton ist der Geschäftsbericht der Darmstädter- und Nationalbank gestimmt. Der gebende Kopf dieses Instituts, Jakob Goldschmidt, im allgemeinen einen freieren Blick für die Belange der Wirtschaft. Er scheut sich auch nicht, seinen eigenen Kollegen unverblümt die Wahrheit zu sagen. So schreibt er in dem Bericht Goldschmidts die Mahnung, daß die Wirtschaft „durch eine Propaganda entschlossener Hand der Entwicklung neue Wege weisen solle: „In ruhiger Würdigung unseres Wollens gegen unser Können und im Bewußtsein dessen, daß die Zeit unbeweglich Tempo und Ausmaß unserer Leistungen bestimmt, müssen wir Kräfte systematisch konzentrieren auf die Erreichung Rentabilität und Kapitalbildung, diesen beiden entscheidenden Elementen jeglicher Wirtschaft. Trotz aller zugehenden Beweise werden diese beiden Faktoren Deutschland, wo im Unternehmertum zuviel Bureaukratismus und in der Bureaukratie zuviel Unternehmertum auszubreiten beginnt, noch immer nicht genügend beachtet. Ein solcher Vorwurf von dieser Seite wiegt besonders schwer. Die Unternehmer sollten sich Mühe geben, bürokratischen Eierschalen abzulegen, und dafür schöpferische Kraft eines selbständigen Unternehmertums wieder zu entwickeln.“

### Der Pessimismus als Leitsatz im Wirtschaftskampfe.

Nach einem Zitat des Präsidenten der Vereinigten Staaten hält Goldschmidt den deutschen Unternehmern folgendes vor: „Bei uns besteht noch immer die Tendenz, Risiken auf die öffentliche Hand abzugeben, ohne sie durch Schaffung bürokratischer Einrichtungen aus der Wirtschaft nach Möglichkeit auszuschließen. Das Unternehmertum muß zwar auf Sicherheit seines Einkommens und Sicherung vor Verlusten durch vorsichtige kaufmännische Methoden bedacht sein, aber es darf Wert des freien verantwortungsvollen Schaffens nicht kennen, das allein die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens bringt und dem alten kaufmännischen Grundsatz Treue Glauben, der in bedenkllicher Weise ins Wanken geraten wieder zu seiner hohen Bedeutung verhilft.“ Nach diesen Ermahnungen erklärt Goldschmidt, daß „die individuelle Leistungsfähige, von gegenseitigem persönlichen Vertrau-

# Haltet treu zur Fahne der Organisation!

getragene Arbeitsgrundlage zurückgewonnen" werden müsse. Die Geschäftsunion und Spaltheil sei wesentlich „durch die Entwertung des Unternehmertums mit verursacht“. Das sind harte Worte, die sich unsere Unternehmer deutlich hinter die Ohren schreiben müssen. Aber auch die folgenden, die im obigen Zusammenhang im Handelsstell der „Woll. Ztg.“ Nr. 130 geküßert werden: „Der ewige Blick auf die Reparationen, das Angstgeschrei über die Auslandsanleihen, die propagandistische Ueberschreibungen über die Mißwirtschaft des Staates und der öffentlichen Hand haben dazu geführt, daß das Unternehmertum die Courage verloren hat, ohne die man nichts unternehmen kann. Man hat sich solange in einen Pessimismus hineingeredet, bis man selbst in seiner Schaffenskraft erlahmt ist. Aus Verbandskundgebungen und flammenden Protesten, die anfangs gar nicht so ernst gemeint waren, ist allmählich ein Fatalismus entstanden, der die Wirtschaft empfindlicher trifft, als die Hemmnisse von außen.“

Dem ist wenig hinzuzufügen. Ein großer Teil des deutschen Unternehmertums hat sich zu Klageweibern entwickelt. Daß von derartigen Zeitgenossen keine nennenswerten Schöpfungen erwartet werden können, dürfte un schwer zu erkennen sein. Die Verichte der Großbanken sind ein lehrreiches Spiegelbild der herrschenden Strömungen im Bereiche deutscher Wirtschaftsführer. Die Arbeiterschaft lehnt die ihr zugedachte Rolle, als Sündenbock zu gelten, entschieden ab.

## Quellen der Steuierung.

Der Rationalisierungsprozeß unserer Wirtschaft dauert nunmehr schon einige Jahre an. Die Betriebe sind mit modernen und modernsten Maschinen ausgestattet und überflüssige Wege für Menschen und Materialien durch betriebliche Neuerungen und gesamtwirtschaftliche Umstellungen weitgehend ausgeschaltet. Die Leistung des einzelnen Arbeiters im Betriebe hat dadurch gewaltige Steigerungen erfahren, und die Selbstkosten konnten gesenkt werden. Das bedeutet vorerst steigenden Unternehmerr Gewinn, oder, wie in letzter Zeit gern gesagt wird, wachsende Kapitalbildung. In sich ist die während der letzten Jahre stark gestiegene Ertragsfähigkeit unseres Wirtschaftsapparates ein durchaus erfreuliches Moment, denn sie ist Voraussetzung dafür, die breiten Massen des Volkes mit mehr und besseren Waren zu versorgen. Zwei Wege führen dazu. Sie gehen über den Arbeitslohn und über den Warenpreis. In welchem Maße die während der letzten Jahre von den Gewerkschaften durchgeführten Lohn-erhöhungen mit Rationalisierungserfolgen begründet und gerechtfertigt worden sind, ist ziffernmäßig nicht feststellbar, aber daß die durch Rationalisierungsmaßnahmen gesteigerte Produktivität in Lohnsteigerungen ihren Niederschlag gefunden hat, ist unverkennbar.

Ein ganz anderes Bild bietet leider ein Blick auf die Seite der Warenpreise. Von leichten Unterbrechungen abgesehen, ist die amtliche Maßzahl für die Lebenshaltungskosten seit der Währungsstabilisierung dauernd gestiegen. Wenn sich die Steigerung der Lebenshaltungskosten auch nicht in demselben Maße vollzog, wie es durch Gewerkschaftsarbeit möglich war, Erhöhung der Nominallöhne zu bewirken, so ist sie trotzdem ein Ueberstand, dessen Ursachen zu erforschen und abzustellen im Interesse der großen Verbraucherschicht eine unabwiesbare Notwendigkeit ist.

Bisher wurden Rationalisierungsmaßnahmen größeren Ausmaßes und demzufolge auch Rationalisierungserfolge nur vernehmbar in der Sphäre der Güterproduktion. In unserm komplizierten Wirtschaftssystem aber ist das nur ein Teilgebiet. In der Warenzirkulation, vornehmlich am Handel, ist der große Zug der Wirtschaftsrationalisierung genau so spurlos vorübergegangen wie an der öffentlichen Verwaltung. In der Produktion geht unverkennbar die Entwicklung zum leistungsfähigen Großbetrieb unter Ausnutzung des mit hohen Selbstkosten arbeitenden kleinen Betriebes. Im Warenhandel ist direkt das Gegenteil zu beobachten. Wie sich hier die Zahl der Betriebe und das ihnen zur Verfügung stehende Kapital entwickelt hat, geht aus folgender Aufstellung hervor:

	Anfang 1914	Anfang 1928
Zahl der Aktiengesellschaften	779	3478
Nominalkapital in Millionen Mark	4866	3606

Es ist also im Handelsgewerbe auf einem gegenüber 1914 wesentlich verkleinerten Gebiete die Zahl der vorhandenen Aktiengesellschaften um 448 % gestiegen, während das Nominalkapital in der gleichen Zeit eine Verminderung um 15 % erfahren hat. Als Vermittler der Waren vom Produzenten zum Verbraucher ist der Handel ein wichtiger Faktor, und unrationelles Arbeiten dort erhöht den Warenpreis. Ein typisches Beispiel dafür bot die im verflossenen Jahre eingetretene Senkung der Getreidepreise. Der Roggenpreis sank von Mai bis September von 84 M je Tonne auf 209 M, der Weizenpreis in der gleichen Zeit von 265 M auf 209 M. Dadurch hat die Landwirtschaftlichen einen starken Kaufkraftausfall erlitten, von dem der Ergotverbraucher nicht das mindeste profitierte, da eine Senkung der Brotpreise ausblieb. Auf dem Wege vom Landwirt zum Brotverbraucher ist die Senkung der Getreidepreise verpufft oder, mit andern Worten: der Zwischenhandel und die Zwischenverbraucher haben riesige Gewinne machen können, weil eine Preiserleichterung für den letzten Verbraucher durch sie verhindert wurde.

In andern Branchen des Handelsgewerbes hat die un natürlich hohe Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis dazu geführt, daß sich der Großhandel stark genug fühlte, von sich aus zur Produktion vorzubringen. Das trifft in erster Linie auf den Braunkohlenbergbau an. Anlässlich des großen mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks spielte die Tatsache eine große Rolle, daß ab Werk der Zentner Brikkett 65 S., in dem nicht weit davon ent-

## An diejenigen, die es angeht.

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingetragene Mitglieder seid? O, ich kenne den allbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen. Die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber euch: Ist daß ein männliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? . . . Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit Beifall und Akklamation begleitet, euch ermahne ich zur Scham!

Ferdinand Cassale.

fernten großen Konsumtionsgebiet Berlin dagegen 1,80 M kostete. Das Auffallende hierbei war, daß Händler und Produzenten ein und dieselben Personen waren. Die großen Handelskonzerne beherrschen auch die mitteldeutschen Braunkohlenwerke. Bei diesem Sachverhalt ist es für den Industriellen natürlich kein Kunststück, wenn Lohn-erhöhungen gefordert werden, die Unrentabilität der Produktionsbetriebe nachzuweisen, was höchmögich dann immer stimmt, während tatsächlich mit großen Ueberschüssen gewirtschaftet wird, nur, daß diese an anderer Stelle sichtbar werden. Nun ist die Verquickung von Handels- und Produktionsinteressen nicht auf die Braunkohle beschränkt, sie ist in fast allen Gewerbebezügen vorhanden. Erinnerung sei nur an den Einfluß des ehemaligen Eisenhändlers Otto Wolff in der westdeutschen Schwerindustrie, an die Syndikats- und Zechenhandelsgeellschaften des Ruhrbergbaues, an die großzügige Handelsorganisation der großen deutschen Automobilkonzerne und andere mehr. Dort überall ist die Möglichkeit gegeben, Betriebsgewinne auf Konten zu verbuchen, die der Kontrolle der Öffentlichkeit in noch viel stärkerem Maße entzogen sind, als es in der Produktion schon der Fall ist.

In Interesse der Lohn- und Preisgestaltung ist es notwendig, diese Verhältnisse bei Abstellung vorhandener Uebel in Rechnung zu stellen. Weiter ist zu fordern, daß das Recht der Kartellkontrolle, das heute, wenn auch nur in bescheidenem Maße, dem Staate schon zusteht, auf die großen monopolistischen Einzelunternehmungen ausgedehnt und der Arbeitervertretung dabei ein ihrer Bedeutung entsprechendes Mitwirkungsrecht eingeräumt wird. Wo eine konzernmäßige Verschachtelung zwischen Produktions- und Handelsinteressen nicht besteht, ist auf eine Verminderung der zwischen Produzenten und Verbraucher liegenden Stellen hinzuwirken. Hierbei ist der Weg, den die preussische Staatsregierung durch den Erwerb des Schenkerkonzerns beschritten hat, ein vielversprechender Anfang. Dadurch, daß an diesem großen Mühlenkonzern die Spitzenorganisationen der deutschen Konsumvereine maßgeblich beteiligt sind, ist eine enge Verbindung zwischen Verbraucher und Produzenten, in diesem Falle dem Landwirt, geschaffen. Alle diese Bestrebungen liegen mit der praktischen Gewerkschaftsarbeit auf einer Linie, denn sie beeinflussen in hohem Maße den Warenpreis, der wiederum die Kaufkraft, den Reallohn, bestimmt.

## Kämpfer und Mensch.

Es gehört zum Wesen des Menschen, die Welt nicht so zu nehmen, wie sie einmal ist. Wodurch sich der Mensch vor der andern lebendigen Welt unterscheidet, das ist, so sagte schon Schiller, sein Wille. Der Mensch will. Der Mensch muß wollen, wenn er ganz Mensch sein soll.

Wollen! Doch was? Nur die Befriedigung des Tages? Das wäre nichts wesentlich Menschliches. Er muß darüber hinaus noch wollen zu größerem Ziele. Revolutionären Formungswillen muß er in sich fragen. Aus der Tiefe muß er herausheben wollen zum Licht. Aus dem Heute zum Morgen. Anstommen muß sich der Mensch. Die Brust muß er recken, die Faust ballen und mit gepreßten Lippen wollen. Dem Heute zum Troste etwas Neues wollen. Die Geschichte geht nicht vorwärts zu großem Ziele ohne uns.

Mit dem Erkennen der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der sozialen Nöte und Aufgaben allein ist es darum nicht getan. Zu diesem Erkennen muß sich das feurige Wollen gesellen, das da herausglüht aus dem Erleben des Menschen im Menschen, die ewige Unrast, das ewige Chaos einer bebenden Seele, die da zu harmonischen Linien des Lebens drängt, die „Aufwühlbarkeit des Gemütsgrundes“, wie es der bekannte große moderne Pädagoge Kerschensteiner einmal so schön für die Erziehung des Menschen verlangt hat.

Es ist wahr, daß nur revolutionäre Menschen die Geschichte gestalten, aber revolutionäre Gesinnung kommt nicht in lauten Worten oder brutalen Taten zum Ausdruck. Aus der Tiefe des Menschen wählen der Ernst und die Ehrfurcht vor der Größe des Schaffens. Im Weltgestalter werden die stürmenwollenden inneren Kräfte zusammengehalten zu einer Kraft. Und die ist heilig. Sie wird nicht verpufft. Sie bleibt, und sie wird gehütet wie eine heilige Flamme, zu schlagen und zehrend zu brennen, wenn der geschichtliche Augenblick es erheischt.

Und immer wieder wühlt dann nach und herauf diese heilige Unrast der Tiefe. Und immer neu setzt der disziplinierte Mensch dann diesem inneren Wühlen und Brodeln eine Grenze. Und immer mehr wird der Mensch dann von diesen begrenzten, drängenden Kräften erfüllt, immer mehr erfüllt mit ihren revolutionären Energien. Er wächst nach innen, in die innere Kraft. In die innere Fülle des Willens. Er wächst als Mensch, als Persönlichkeit, als Kämpfer.

Es ist eine ethische Aufgabe, kämpfendes Glied eines kämpfenden Verbandes zu sein. Es ist Menschendienst. Als Kämpfer wachsen, heißt, die lebendigen Energien des Menschen zu häufen und zusammenzufassen zu einem großen und schönen menschlichen Ziele.

Es ist eine Erziehungsaufgabe, Mensch zu sein, und der echte, geschlossene Kämpfer steht diesem neuen Menschen, wie er werden wird, am nächsten. Er ahnt seine Fehler. Er spürt die ganze neue Größe innerer lebendiger Kraft. Und je mehr er seinen durchbelebten Willen entläßt in die heilige Solidarität eines kämpferischen, zukunftsgebenden Bundes, um so mehr reißt er hinein in die Liebe, in die allein der revolutionäre neue Mensch die ewige Unrast seiner chaotischen Seele formt zu Bildung und Sinn und Ziel und zur Freiheit seiner selber.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Gliederung und Vermögen der deutschen Industrieunternehmen.

Zur Aufzählung und Flüssigmachung der den deutschen Unternehmen nach dem Dawesplan auferlegten Reparationspflichten in Höhe von 5 Milliarden Mark wurde die Bank für deutsche Industrieobligationen errichtet. Der jetzt erschienene Jahresbericht dieser Bank ist nach verschiedenen Richtungen sehr aufschlußreich. Was uns besonders interessiert, ist das beigegebene Material über die Größenordnung und die Größengliederung der industriellen und gewerblichen Betriebe Deutschlands.

In den jeweils fälligen Jahresleistungen in Höhe von 300 Millionen Mark beteiligt, das heißt aufbringungs-pflichtig, sind alle Unternehmungen industrieller und gewerblicher Betriebe mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie der Gärtnerei, soweit ihr Betriebsvermögen 20 000 Mark übersteigt. Belastet sind jedoch nur Unternehmungen mit über 50 000 Mark Betriebsvermögen. Zu diesem Kreis von Unternehmungen gehören nicht: Banken, Verkehrsgewerbe, Handel, Versicherungsunternehmungen, Gast- und Beherbergungsgewerbe. Belastet sind also fast alle industriellen und gewerblichen Betriebe, weshalb die Zusammenstellungen über die Größe und Gliederung der Betriebe den gesamten Produktionsapparat von Deutschland widerspiegeln. Ueber die Rechtsform der Unternehmungen gibt folgende Tabelle Aufschluß:

	Aufbringung 1928 (Stichtag 1. 1. 28)		Aufbringung 1928 (Stichtag 1. 1. 27)	
	Anzahl	Gesamtvermögen in Tausend M.	Anzahl	Gesamtvermögen in Tausend M.
Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	9 384	18 077 524	8 728	19 323 105
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	15 738	4 473 526	15 831	4 486 199
Offene Handelsgesellschaften	30 406	5 691 105	29 606	5 517 618
Kommanditgesellschaften	2 734	1 095 441	2 732	1 070 045
Alleinunternehmer	120 389	8 901 078	119 612	8 517 038
Sonstige	3 659	1 082 723	4 099	947 532
Kommunal-, Länder- und Reichsbetriebe	5 223	2 275 845	5 378	2 478 876
	187 533	41 597 242	185 986	42 349 413

Selbst in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von zwei Jahren ist die Zusammensetzung der herangezogenen Unternehmen nicht unwesentlichen Veränderungen unterworfen gewesen. Das liegt zum Teil daran, weil nicht mehr die Gesellschafter, sondern die offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften selbst herangezogen wurden. Auch dauernde Beteiligungen von über 25 % sind von der Belastung befreit. Daneben haben auch Fusionen, Betriebsauslösungen usw. auf die anders geartete Zusammensetzung der einzelnen Betriebsgruppen eingewirkt. Wie obige Zusammenstellung zeigt, ist die Zahl der Aktiengesellschaften gesunken, aber das Gesamtvermögen derselben gestiegen. Das Bild über die Größenordnung und die Größengliederung der industriellen und gewerblichen Betriebe sieht folgendermaßen aus:

Betriebsvermögensgruppe in Tausend M.	Aufbringung 1926 (Stichtag 1. 1. 26)		Aufbringung 1928 (Stichtag 1. 1. 27)	
	Anzahl	Gesamtvermögen in Tausend M.	Anzahl	Gesamtvermögen in Tausend M.
20 bis 50	105 564	3 249 034	105 390	3 235 127
50 " 100	36 690	2 588 790	36 432	2 596 967
100 " 200	20 613	2 890 107	20 038	2 813 455
200 " 300	7 521	1 842 290	7 279	1 783 342
300 " 400	4 048	1 402 717	3 937	1 362 207
400 " 500	2 506	1 120 680	2 514	1 117 814
500 " 1 000	5 316	3 712 538	5 175	3 624 418
1 000 " 5 000	4 378	8 751 346	4 318	8 711 464
5 000 " 10 000	502	3 449 324	496	3 423 142
10 000 " 20 000	232	3 186 333	229	3 120 678
20 000 " 50 000	116	3 630 853	123	3 751 507
50 000 " 100 000	30	2 086 028	35	2 307 917
über 100 000	17	3 686 702	20	4 528 373
	187 533	41 597 242	185 986	42 349 413

# Das FACHBLATT DER MALER

Ist Eigentum des Verbandes

## Auch Du mußt Abonnent sein!

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die Zahl der Betriebe bei den Kleinunternehmungen naturgemäß am größten ist und das Vermögen am geringsten. 141 822 Betriebe mit einem Vermögen bis 100 000 Mark sind mit einem Gesamtvermögen von 5,8 Milliarden Mark vertreten. Die Betriebsgruppen bis zu einem Vermögen von einer Million umfassen 180 165 Betriebe mit einem Gesamtvermögen von 16,5 Milliarden Mark. Dagegen verfügen 5821 Betriebe über ein Gesamtvermögen von 25,8 Milliarden Mark. Hier in der letzten Gruppe ruht das Schwergewicht der deutschen Unternehmungen. Am stärksten vertreten ist hier die Gruppe mit einem jeweiligen Vermögen von 1 bis 5 Millionen Mark. Im übrigen spricht das oben wiedergegebene Material für sich selbst. Ein deutlicher Anschauungsunterricht für die Zusammenhänge gewerblicher Unternehmungen und den Aufbau des Produktionsapparats in Deutschland.

### ist eine durch Terpentinerlack (Sangajol) hervorgerufene Erkrankung eine Berufskrankheit im Sinne der Verordnung vom 12. Mai 1925?

Von M. Nagel, Arbeitersekretär in Mannheim.  
Nach Nummer 5 der in der Verordnung aufgeführten gewerblichen Berufskrankheiten müssen von den Berufsgenossenschaften entschädigt werden: „Erkrankungen durch Benzol oder seine Homologen“. Wie durch mehrere Sachverständige einwandfrei festgestellt worden ist, leidet der Kollege Dr. v. Asthma-Bronchiale und an einem Ekzem an beiden Armen. Die Erwerbsbeschränkung im Beruf wird auf 36 % und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf 20 % geschätzt. Der medizinische Sachverständige führt zwar aus, daß die Krankheiten unter allen Umständen als gewerbliche Berufskrankheiten anzufassen sind, sagt aber, „daß das Sangajol nur als Schrittmacher des Krankheitsstoffes und nicht als selbständig wirkender Krankheitsstoff aufgefaßt werden kann“. Der Umstand, daß hier das Sangajol nur als indirekte Krankheitsursache bezeichnet wird, ist die erste Schwierigkeit auf dem Wege, dem Kollegen eine Entschädigung zu verschaffen.  
Die zweite Schwierigkeit ist die, daß in den Richtlinien des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli 1925 als Erkrankungen durch Benzol oder seine Homologen nur zwei aufgeführt sind, nämlich Blutsiekenkrankheit und Leukopenie, d. h. Neigung zu Blutungen aus den Schleimhäuten beziehungsweise Verminderung der weißen Blutkörperchen. Asthma-Bronchiale und Ekzem sind nicht mit aufgeführt.

Eine dritte Schwierigkeit bestand darin, daß überhaupt nicht sicher war, ob Terpentinerlack zu „Benzol oder seinen Homologen“ zu zählen ist. Diese letztere Schwierigkeit wurde im Berufungsverfahren durch Einholung eines Gutachtens durch das „Chemische Institut“ in Heidelberg behoben. Dieses Gutachten, das unsere Kollegen auch sonst allgemein interessieren dürfte, hat folgenden Wortlaut:

„Unter „Terpentin“ wird streng genommen gereinigtes Harz verstanden. Daraus wird durch vorsichtige Destillation 1. das Terpentinöl, durch folgendes rohes Erbitzen des Rückstandes weiterhin 2. das Harzöl gewonnen. Diese Produkte sind flüchtig und werden im gewöhnlichen Sprachgebrauch, so auch in den vorliegenden Akten, als „Terpentin“ bezeichnet und dienen zum Anrühren von Malerfarben, Breiten von Lacken usw.  
Terpentin ist, wenn rein, nicht unter den Begriff „Benzol oder Benzolhomologe“ zu rechnen.  
Harzöl enthält je nach der Herstellung mehr oder weniger Benzolhomologe.  
Harzöl wird zur Streckung von Terpentinöl verwendet. Weitere Streckungs-, Ersatz- und Fälschungsmittel sind:

- a) Kienöl, durch Destillation von harzreichem Holz gewonnen und neben Terpentinöl Benzolhomologe und andere Benzolabkömmlinge (Holzter) enthaltend;
- b) Mineralische Öle (Benzin, Petroleum);
- c) Benzol und Benzolhomologe;
- d) Tetrachydro-naphthalin (Tetralin);
- e) Dekahydro-naphthalin (Dekalin);
- f) Tetrachlorkohlenstoff, Tetrachloräthan, Di- und Trichlorätholen;
- g) Amylacetat und ähnliche Ester.

Von den Streckungsmitteln enthalten also benzolartige Bestandteile: das Harzöl, Kienöl und das Benzol selbst nebst seinen Homologen.

Wie weit die Zusatzstoffe b, d, e, f und g, ferner andere, die mir unbekannt sein können, schädliche Wirkungen der hier in Frage stehenden Art ausüben, entzieht sich meiner Beurteilung.

Auf eine Rückfrage des Oberversicherungsamts, ob „Sangajol“ unter den Begriff „Benzol-Homologe“ zu stellen ist, ergäht das Chemische Institut sein Gutachten wie folgt: „Die Frage ist zu bejahen. „Sangajol“ ist ein Terpentinlösungs aus Borneol und enthält wie dieses u. a. Benzolhomologe und andere cyclische Kohlenwasserstoffe. Es ist giftig.“

Die zuletzt genannte Schwierigkeit, nämlich die Behauptung der Berufsgenossenschaft, daß Terpentinerlack überhaupt nicht unter die Verordnung vom 12. Mai 1925 fällt, ist danach glatt widerlegt. Es stehen aber die „Richtlinien“ im Wege, die nur zwei bestimmte Krankheiten als unter Nr. 5 der Verordnung fallend anführen. Das OVA, das die Beratung des Kollegen Dr. zurückgewiesen hat, nicht aber den Richtlinien eine zu große Bedeutung bei und zwar eine größere als dem Gesetz selbst. M. E. sind schließlich alle Erkrankungen durch Benzol oder seine Homologen von der Berufsgenossenschaft zu entschädigen. Dabei darf es auch keine Rolle spielen, ob die Krankheit direkt oder indirekt vom Terpentinerlack

herrührt. Wenn es auf dem Wege der Rechtsprechung nicht gelingt, diese Auffassung durchzusetzen, dann muß auf dem Wege der Gesetzgebung eine für unsere Berufskollegen annehmbare Rechtslage geschaffen werden.

### Durch Spararbeit zu Wohlstand und Unabhängigkeit?

Im Kampf gegen die Sozialversicherung ist den reaktionären Kreisen jedes Mittel recht. Die gesamte Unternehmerpresse bietet gegenwärtig zu diesem Kapitel reichlich Stoff. Dabei operieren sie dauernd mit dem Wörtchen „wenn“. „Wenn“ ein Arbeiter seine ganzen sozialen Bestände auf die Sparkasse bringt, „wenn“ der Unternehmer seine Anteile dazu legt, „wenn“ das Geld dann unberührt stehen bleibt, — dann hat der Arbeiter mit 60 oder 65 Lebensjahren ein Kapital von 20 bis 40 000 Reichsmark beisammen, wovon er sorgenfrei leben kann. Ein Arbeiter, der die historische Entwicklung nicht kennt, könnte sich von solchen Ausführungen betören lassen, deshalb einige Einwendungen, die niemand widerlegen kann.

Die Ansammlung eines gewissen Reichtums wird nur sehr wenigen und nur in vereinzelten Fällen gelingen. Die große Masse der Arbeitnehmer muß sich damit abfinden, zeitweises Prolet zu bleiben, gleichviel, ob als Kopf- oder Handarbeiter. Das ganze Volk kann nicht Grundbesitzer, Generaldirektor, Minister oder Reichspräsident sein. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, bleibt es bei dem variablen Sprichwort:

Wer nicht spekuliert, spielt oder erbt, bleibt ein armes Luder bis er stirbt!

„Wenn“ der einzelne Arbeiter sich die genannten Summen von 20 bis 40 000 M. ersparen soll, dann müssen natürlich alle die tausend Uebel im Arbeiterleben ausgeschaltet werden, die heute noch bestehen. Er darf keine Minute krank oder arbeitslos werden, darf keinen Unfall erleiden, Frau und Kinder dürfen keinen Arzt, keine Apotheke in Anspruch nehmen, jedes Wochenbett muß ohne Beihilfe überstanden werden. Wenn also ein hoher Lohn dauernd gesichert und außergewöhnliche Ausgaben nicht nötig sind, dann — ja dann wäre es denkbar, daß auch ein Arbeiter mit 60 oder 65 Jahren sich ein kleines Kapital angesammelt hätte. Wenn aber der Arbeiter heute nur ein Durchschnittsalter von 40 bis 45 Jahren erreicht, dann kommt er nicht zu seinem angepriesenen Sparkapital. Und was fangen dann die Witwen und die Waisen an? Diese wenigen Ausführungen zeigen schon die Unhaltbarkeit der Unternehmerpläne. Sie sind deshalb unter allen Umständen abzulehnen. Besonders aber deshalb abzulehnen, weil die Arbeitgeber insgeheim ganz andere Pläne damit verfolgen.

Wir brauchen nur an die Verhältnisse in der Vorkriegszeit zu erinnern! Auch damals gab es schon soziale Einrichtungen, Krankenkassen, Knappschaftskassen, Invalidenversicherung usw. Wer aber versagte über die dort angesammelten Gelder? Die Unternehmer waren es, die sich aus solchen Kassen Riesensummen zu einem spottbilligen Zinsfuß geliehen haben, um damit ihre Betriebe auszubauen und notfalls mit denselben Geldern, die zum großen Teil aus Arbeitergrößen aufgebracht werden, — Arbeiter und Arbeiterforderungen zu bekämpfen. Und weil in Deutschland der Nachkriegszeit der Einfluß der Unternehmer in diesen Versicherungszweigen gewachsen ist, weil die Arbeiterschaft danach strebt, die Selbstverwaltung in diesen Körperschaften zu erhalten und auszubauen, diese Gelder in eigene Verwaltung zu nehmen, deshalb der Kampf gegen die Sozialversicherung.

Für jeden denkenden Arbeiter kann dieser Umstand nur ein Ansporn sein, dem Begehren der Unternehmer schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Trotz alledem!

### Film- und Lichtbildfragen.

Auf Einladung des DGB. kamen kürzlich Vertreter der Gewerkschaften zusammen, die mit Film- und Lichtbildwesen zu tun haben. Eingeleitet wurde die Zusammenkunft durch ein Referat des Kollegen Timm vom Holzarbeiter-Verband über „Möglichkeiten und Grenzen von Lichtbild und Film in der gewerkschaftlichen Jugend-, Bildungs- und Werbearbeit.“

Wie in Amerika seit längerer Zeit, so haben in den Nachkriegsjahren auch die deutschen Tageszeitungen und neuerdings unsere Gewerkschaftspresse der bildlichen Darstellung weiten Raum gegeben. Der Grundlag ist leicht zu verstehen: Schneller als das Wort wird das Bild verstanden.

Bildbeilagen erhöhen aber nicht nur die Anziehungskraft der Presse, die Veranschaulichung des gesprochenen Wortes ist auch ein wertvolles Hilfsmittel für unsere Bildungsarbeit. Wieviel verständlicher und interessanter kann ein Vortrag durch das Lichtbild gestaltet werden, es ist daher bereits vielfach unentbehrlich geworden.

Noch größeren Einfluß als das Lichtbild hat aber der Film. In Amerika gibt es bereits 20 500 Kinos, in Deutschland 5013, selbst in Rußland bestehen bereits 3944. In Amerika besuchen wöchentlich 100 Millionen Menschen ein Kino. In Deutschland verfügen die 5013 Kinos über 1 900 000 Sitzplätze. Diese Zahlen zeigen, daß das Kino schon eine bedeutende Macht darstellt. Hugenberg hat diesen neuen Machtfaktor richtig eingeschätzt und sich maßgebenden Einfluß auf die Produktion von Filmen gesichert. Es wird offen und verdeckt im Film politische und antisoziale Propaganda im Sinne der kapitalistischen Ordnung getrieben. Die katholische Kirche hat die Bedeutung des Films ebenfalls anerkannt und auf einen internationalen

Kongress beschlossen, eine Organisation auf internationaler Grundlage zu schaffen, um zu versuchen, die großen Spielfilme mit katholischen Inhalt zu erfüllen. Der Redner betonte die Notwendigkeit, auch einen Einfluß der Arbeiterschaft auf den Film zu sichern. Dazu sind die Gewerkschaften als die maßgebende Organisation der Arbeiterschaft berufen. Nach einer Schilderung der technischen Vervollkommnung des Films (Tonfilm) machte der Vortragende Vorschläge für die Aufgaben, die der DGB. und die Verbandsvorstände auf dem Gebiet des Film- und Lichtbildwesens im Interesse der gewerkschaftlichen Bildungs-, Jugend- und Werbearbeit erfüllen müssen. Es müsse beim DGB. eine Beratungsstelle für alle Fragen der Apparat- und Bildbeschaffung und für die Filmherstellung geschaffen werden. Auf die allgemeine Filmproduktion ist Einfluß zu nehmen. Die ergebliche Aussprache zeigte, daß die Verbände bereits in erheblichem Maße mit Lichtbild und Film arbeiten. Allwünschenswert wurde bezeichnet, daß überall durch die Ortsauslässe des DGB. für eigene Vorführungsapparate gesorgt wird. Die Stellung zum eigenen Gewerkschaftsfilm wurde als noch nicht abgeschlossen bezeichnet, es wurde gewünscht, daß es zweckmäßiger sei, brauchbare Filme zu kaufen als selbst welche herstellen zu lassen. Der Ausbildung von Lichtbildnern und Vorführern müsse mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden.

An die für alle Teilnehmer sehr aufschlußreiche Besprechung schloß sich eine Besichtigung der neuesten Aufnahme- und Vorführungsapparate sowie eine Vorführung von Tonfilmen.

### Baugewerbliches

Die Drofflung des Wohnungsbaues durch hohe Zinsen. Das Institut für Konjunkturforschung hat durch eine Umfrage bei den verschiedensten Kreditinstituten die Nettokosten von Wohnungsbauhypotheken unter Berücksichtigung des Nominalzinses, der Verwaltungskostenbeiträge, des Auszahlungskurses und der Laufzeit erfasst, und veröffentlicht das Ergebnis dieser Untersuchungen im neuesten Vierteljahrsheft. Die Steigerung der Hypothekenzinsen in den letzten zwei Jahren war folgende:

Nettostellen von Wohnungsbauhypotheken (v. d. v. a.)				
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr
	1927	1928	1927	1928
1. Vierteljahr	8,34	9,84	8,21	10,01
2. Vierteljahr	8,78	10,15	9,47	10,24

Im Zeitraum von zwei Jahren haben sich die Posten für erstellte Hypothekarkredite um 2 % erhöht. Diese machen 40 % des Bau- und Bodenwertes aus. Die zweistelligen Hypotheken sind in dem gleichen Maße gestiegen. Ihr Zinsfuß übersteigt denjenigen der erstellten nicht unerheblich. Nur durch eine verstärkte Zurverfügungstellung öffentlicher Mittel könnte sich eine Wendung zur Besserung ergeben. Die Deutsche Bau- und Bodenbank, deren Aktienkapital sich zur Mehrheit im Besitz des Reiches befindet, hat im verfloffenen Jahre Zwischenkredite in Höhe von 120 Millionen Mark gegeben. Mit Hilfe dieser Zwischenkredite konnte der Bau von 40 000 Wohnungen gefördert werden. Das war allerdings eine Hilfe. Eine wirkliche Besserung könnte jedoch herbeigeführt werden, wenn die Hauszinssteuerbeträge in der vereinbarten Höhe dem Wohnungsbau zugeführt würden. Leider werden die Mittel der Hauszinssteuer in allen Staaten in erheblichem Maße für allgemeine Verwaltungszwecke verwandt. Hier müßte der Hebel angelegt werden.

### Gewerkschaftliches

Die deutsche Gewerkschaftspresse im Lichte der Kritik.

In der Zeitschrift „Die neue Bücherchau“, Heft 1, Jahrgang 1929, befindet sich ein Artikel „Der Aufbau der deutschen Gewerkschaftspresse“. Der Verfasser würdigt die Presse des DGB. durchaus zutreffend und hält auch mit einer Kritik nicht zurück. Wir lesen in dem vorgenannten Artikel unter anderem: „Ziffern sind lehrreich. Ziffern befähigen oft überraschen noch öfter. Daß es eine Gewerkschaftspresse in Deutschland gibt, wird wohl jeder gemußt haben. Welchen Umfang aber heute diese Presse hat, werden die meisten Leser der „Neuen Bücherchau“ mit Staunen erfahren. Die deutsche Gewerkschaftspresse hatte im Jahre 1927 eine Gesamtauflage von 221 180 000 Exemplaren.“ Nach einer Würdigung der 57 Sonderzeitschriften des DGB. heißt es weiter: „Beachtet man, daß alle diese Zeitschriften Wochenschriften sind, und vergleicht man ihre Ziffern etwa mit der Auflage der weit verbreiteten „Weltbühne“, die ungefähr 650 000 Exemplare Jahresausgabe haben dürfte, so erfährt man mit Staunen, daß ihre Auflage etwa die der „Nachdecker-Zeitung“ erreicht und daß die Fachzeitung der Buchdrucker die genaue zehnfache Auflage hat. Allseits „Berliner Illustrierte“ hat nur doppelt soviel Auflage wie die „Metallarbeiterzeitung“. Ueber Inhalt und Geist der deutschen Gewerkschaftspresse wird folgendermaßen geurteilt: „Niemand wird den Gewerkschaftszeitungen das große Verdienst absprechen, am Werden der sozialpolitischen Bewegung, der Arbeiterschule, der Sozialversicherung und des Sozialrechtes mitgewirkt zu haben. Auch ihre Werbearbeit unterstützt von Tabellen, Diagrammen und bezeichnenden Anecdoten, ist eine rege und beweiskräftige. Schon manche Arbeiter hat durch die Gewerkschaftspresse den Weg zu seiner Organisation gefunden und damit das Riefenbeil der Unorganisierten verkleinert, das gegen seine eigenen Interessen handelt, die Macht der Unternehmer und des kapitalistischen Systems stärkt. Auch die behandelten Fachfragen und berufstechnischen Aufklärungen sind oft ausgezeichnet erörtert, kenntnisreich und verständlich dar-

# Wer den Zug der Zeit erkannt hat, liest gewiß auch unser

# FACHBLATT

gestellt... — Der unterhaltende Teil unserer Gewerkschaftspresse kommt bei dem Artikelschreiber schlecht weg. Ein Grund mehr, gerade diesem Teil die entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Bedeutung der Gewerkschaftspresse bringt in immer weitere Kreise, wovon auch die angezogene Besprechung Zeugnis ablegt. Zweifellos hat die Presse des DGB einen erfreulichen Wandel durchgemacht. Weitere Verbesserungen im Inhalt und im Aufbau stehen bevor. Sie ist unbestritten die größte Pressemacht Deutschlands. Leider wird dies gerade von vielen Gewerkschaftsmitgliedern nicht erkannt. Sie müßten sonst ihrer eigenen Gewerkschaftspresse ein viel größeres Wohlwollen entgegenbringen und sie vor allen Dingen fleißiger lesen und verstehen lernen.

## Genossenschaftliches

### Das Betriebskapital der deutschen Konsumgenossenschaften und seine Bedeutung.

—A. An den Geschäftsergebnissen der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aus dem Jahre 1928 ist besonders bemerkenswert das Anwachsen des Betriebskapitals der Mitglieder in Geschäftsanteilen und Spareinlagen sowie die Reservenbildung. Ist doch auch für die allgemeine Volkswirtschaft die Neubildung von Betriebskapital seit dem verderblichen Inflationsjahre 1923 das A und O der deutschen Industriewirtschaft, die neben den Gemeinden und den Ländern mit ihren finanziellen Bedürfnissen dauernd auf teure ausländische Kredite angewiesen ist, um die Produktion in Gang halten zu können. Die Bedeutung des eigenen Betriebskapitals in der deutschen Wirtschaft ist deshalb von so eminenten Bedeutung, weil die Senkung der Produktionskosten und wirtschaftliche Unabhängigkeit bedeutet — zwei wichtige Faktoren, die der deutschen Volkswirtschaft durch den Krieg und die Inflation verlorengegangen sind und nur mühsam wieder zurückgewonnen werden können. Was nun die Konsumgenossenschaften anbelangt, so beginnen sie sich jetzt kräftiger von der Zerstörung ihrer finanziellen Betriebsmittel zu erholen, was die Aussicht eröffnet, daß sie in wenigen Jahren auch wieder den Umfang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erreichen werden, die bis auf 50 % oder gar nur ein Drittel der Vorkriegsleistung gesunken ist. So sind die Geschäftsanteile der Mitglieder von rund 47 Millionen Mark auf 51,4 Millionen Mark gestiegen, desgleichen die Reserven von rund 48 Millionen Mark auf 51,4 Millionen Mark. Dies eigene Betriebskapital der Mitglieder beziehungsweise ihrer Genossenschaften im Gesamtbetrage von 102,9 Millionen Mark hatte im Jahre 1928 einen Warenumschlag von 1142 Millionen Mark ermöglicht, was als eine ganz außerordentliche Leistung zu bewerten ist. Denn der mehr als 11malige Umschlag eines Betriebskapitals im Wirtschaftsverkehr vermindert Geld-, Produktions- und Vertriebskosten. Und von da aus gesehen gewinnt die an sich, was heißt im Verhältnis zum Betriebskapital der deutschen Volkswirtschaft, fast lächerlich gering zu nennende Summe von 102,9 Millionen Mark die Bedeutung einer finanztechnischen Ueberlegenheit des konsumgenossenschaftlichen Betriebskapitals gegenüber dem privatwirtschaftlichen. Insbesondere, wenn man noch beachtet, daß es zum größten Teil unverzinsliches Betriebskapital ist, nachdem schon in Vorkriegszeiten die Verzinsung der Geschäftsanteile beseligt worden ist. Neben diesem eigenen Betriebskapital der Mitglieder und ihren Genossenschaften spielen die Spareinlagen der Mitglieder als „fremde Gelder“ noch eine besondere Rolle. Sie betragen im Jahre 1924 insgesamt 49,2 Millionen Mark, worunter aber nicht weniger als 40,9 Millionen Mark Aufwertung staken, die als Belastung wirkten, auf der andern Seite aber eine ungeheure Anziehungskraft in dem Vertrauen der Mitglieder entwickelten und so wieder einen verhältnismäßigen Ausgleich für die Belastung schufen. Stiegen doch die Spareinlagen in steter Kurve zu Ende Dezember 1928 auf einen Betrag von rund 296 Millionen Mark. Im Zeitraum von nur 4 Jahren wurden dadurch die deutschen Konsumgenossenschaften unabhängig vom privaten Bankkapital und gleichzeitig sank auch die Unkostenquote der Verzinsung von 10 bis 12 % auf 6 bis 7 %. Inzwischen arbeiten die Spareinlagen gar nicht im vollen Umfange in den Konsumgenossenschaften mit, da die genossenschaftlichen Finanzverhältnisse die Sicherung durch Geldflüssigkeit in Höhe von 90 % der Spareinlagen unbedingt festhalten. Infolgedessen liegt ein großer Teil der Spareinlagen an die Bankabteilung der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, dem zentralen konsumgenossenschaftlichen Geldinstitut, das am Ende des Jahres 1928 an Giroguthaben und an Bankanleihen 98,8 Millionen flüssiger Gelder der Konsumgenossenschaften verbuchte. Der Betrag arbeitet nun den zentralen Genossenschaftsgroßbetrieben, um immer wieder neues Terrain für die konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsentwicklung zu erobern. Worin die entscheidende Bedeutung des konsumgenossenschaftlichen Betriebskapitals im ganzen zu erkennen ist.

## Sozialpolitisches

### Fürjorgehalten sind Rationalisierungsspesen der Wirtschaft.

Die gegenwärtigen politischen Kämpfe drehen sich hauptsächlich um die Steuererhöhungen. Die riesigen Lasten, die das Reich zu tragen hat, zwingen zur Erhöhung einiger Steuerarten. Der Fehlbetrag, der nach Senkung einiger Ausgabenposten besteht, beträgt 379 Millionen Mark. Dieser Fehlbetrag soll gedeckt werden durch Erhöhung der Einkommensteuer mit 185 Millionen Mark, der Brantweinabgabe mit 90 Millionen Mark, der Vermögenssteuer mit

104 Millionen Mark und der Erbschaftsteuer mit 20 Millionen Mark. Der größte Teil des Fehlbetrages soll also durch Belastung der breiten Massen gedeckt werden. Wir wollen hier nicht darüber streiten, inwieweit dies notwendig ist. Aber es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien immer wieder fordern, die fehlenden Mittel durch Ausgabenersparung einzubringen. Es wird aber nirgends klar werden sollen. Von einzelnen Kritikergruppen, namentlich vom Hansabund und von den Unternehmern wird aber gefordert, daß die Ausgaben für soziale Lasten empfindlich gesenkt werden sollen. Mit erschwerender Deutlichkeit weist die Frankfurter Zeitung in ihrer Nummer 151 auf diese Demagogie mit folgenden Worten hin:

„Wenn die Unternehmerverbände, die sich immer als „Die Wirtschaft“ gebärden, ohne dazu von irgend jemand bevollmächtigt zu sein, die Dinge gerne so darstellen, als ob jede Ausgabe der öffentlichen Körperschaften ein harter Verlust für die Volkswirtschaft sei, so darf man sie daran erinnern, daß — ganz abgesehen von dem zu nicht geringen Teil als Rationalisierungsspesen der Wirtschaft anzusehenden, aber von der öffentlichen Hand mit zu tragenden Fährorgelasten — alle diese Summen zuletzt entweder in Kaufkraft der Staatsangehörigen, oder in Staats- oder Gemeindeaufträge für die Industrie usw. umgesetzt werden.“

Es ist in der Tat so, daß die Unternehmerverbände von niemand bevollmächtigt sind, sich als „Die Wirtschaft“ zu bezeichnen. Zur Wirtschaft gehören auch die 20 Millionen Erwerbstätigen, die mit ihrer Arbeitskraft ein Wirtschaften erst ermöglichen. Daß die Fährorgelasten, die das Reich, die Länder und die Gemeinden zu tragen haben, Rationalisierungsspesen für die Privatwirtschaft sind, wird immer wieder übersehen. Und doch ist es notwendig, hierauf mit aller Deutlichkeit hinzuweisen.

### Rationalisierungserfolge in der Kunstseidenindustrie.

Die Kunstseidenindustrie zeigt ihre günstige Entwicklung fort. Sie ist eine der wenigen, die unberührt von irgendwelchen Krisenzuständen, seit Jahren eine gute Geschäftslage aufweisen kann. Obwohl die vorhandenen Fabriken den deutschen Markt zu versorgen in der Lage sind, ist die Neugründung einiger neuer Fabriken in Aussicht genommen. Wie die Rationalisierung in dieser Industrie sich auswirkt, zeigt das Beispiel des Werks Oberbruch der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G. Bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion, konnten in den letzten Wochen nach und nach 700 Personen entlassen werden. Die Erzeugung der Fabrik in Oberbruch ist seit Beginn dieses Jahres um 200 000 kg gesteigert worden. Die Konsumenten warten vergeblich darauf, daß auch sie von diesen Rationalisierungserfolgen einen Vorteil in Gestalt billiger Preise erhalten.

Steigende Lebenshaltungskosten. Die Unternehmer setzen jedem Versuch, selbst die bescheidensten Löhne zu erhöhen, den härtesten Widerstand entgegen. Daneben häufen sich die Fälle, wo die Tarifkündigungen nicht von Arbeiter-, sondern von Unternehmenseite ausgehen. Diese erfolgen mit dem ausgesprochenen Zweck, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist mithin an einem sehr entscheidenden Stadium angelangt. Die Forderungen der Unternehmer auf Ermäßigung der Löhne stimmt aber sehr wenig mit der zunehmenden Teuerung überein. Die Lebenshaltungskosten sind wiederum gestiegen.

Der amtliche Lebenshaltungsindex betrug:

Januar 1928 . . .	150,8	Januar 1929 . . .	153,1
Oktober 1928 . . .	152,1	Februar 1929 . . .	154,4
Dezember 1928 . . .	152,7	März 1929 . . .	158,5

Eine Steigerung um 4 Punkte in vier Monaten ist nicht gering zu nennen. Dabei muß man beachten, auf welcher erbärmlichen Lebenshaltung der Lebenshaltungsindex aufgebaut ist. Die Steigerung des Index vom Februar bis März ist auf die hauptsächlich durch den Frost verursachte Preiserhöhung für Kartoffeln, Gemüse und Eier zurückzuführen. Wir sind gespannt, wie die Unternehmerverbände, die die Lohnstarke zu dem Zweck der Lohnherabsetzung gekündigt haben, ihre Forderungen begründen werden.

Zimmer wieder die Ausrede von der Ueberlastung der deutschen Wirtschaft. Der Ausgang der Leipziger Frühjahrsmesse hat die „Wirtschafts- und Export-Zeitung“ zu einem Artikel „Tatsachen und Folgerungen“ veranlaßt, den sie in ihrer Nr. 13 veröffentlicht und in dem es u. a. heißt: „Weniger erfreulich dürfte die Feststellung sein, daß fremde Nationen durch ihre Ausstellung auf der Leipziger Messe in der Konkurrenz mit der deutschen Ware recht gute Erfolge erzielt haben. So namentlich Oesterreich und die Tschechoslowakei in Glas und Keramik, Frankreich in Textilien und andern Waren, Japan in Stapelwaren des Kunstgewerbes und der Textilindustrie. Das ist kein günstiges Zeichen für Deutschlands Industrie, sie ist zu stark belastet.“ Es ist doch eine allzu bequeme Ausrede, die verminderte Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie immer wieder auf zu starke Lasten zurückzuführen. Wer regelmäßig ausländische, zum Beispiel österreichische, Zeitungen verfolgt, wird die gleichen Klagen von der österreichischen Industrie hören. Solche immer wiederholten Behauptungen wirken auf die Dauer lächerlich. Die deutsche Industrie sollte sich lieber einmal die Verhältnisse ganz genau ansehen, wobei sie dann herausfinden würde, daß die frische Lackkraft fehlt, um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Daß ein verlorenener Krieg Lasten mit sich bringt, ist so selbstverständlich, daß man darüber nicht zu reden braucht. Die deutschen Unternehmer würden vielmehr Sympathie erringen, und ihre Produkte konkurrenzfähiger gestalten können, wenn sie unbeirrt ans Werk gingen und Qualitätsprodukte zu einem vertretbaren Preise hervorbringen würden. Dann

werden auch deutsche Waren sich wieder ihren Weg bahnen und der Konkurrenz des Auslandes gewachsen sein.

Der Ausgleich von gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern. Die Landwirtschaft klagt häufig darüber, daß sie Leutenmangel habe, während in den Städten und Industriebezirken genügend Arbeitskräfte vorhanden seien. Wie schwierig aber ein Ausgleich ist, geht deutlich aus einer Auslassung hervor, die wir in dem Bericht des Landesarbeitsamtes Westfalen vom 28. März finden: „Der Frühjahrbedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften ist noch weiter angelegen. Die Schwierigkeiten der Vermittlung bestehen einmal darin, daß gerade junge Kräfte, zwischen 15 und 18 Jahren, verlangt werden, die auch in andern Berufsarten meist verhältnismäßig leicht unterkommen können. Andererseits werden im Frühjahr mehr als für die Herbstarbeiten gelernte Kräfte gebraucht, die aber nicht in genügender Zahl vorhanden sind; der sehr erwünschte Ausgleich zwischen gewerblichem und landwirtschaftlichem Arbeitsmarkt ist darum nur bei genügender Bereitschaft der Landwirtschaft, die Kräfte selbst anzulernen, möglich.“ Dazu ist allerdings notwendig, daß sich die Landwirtschaft von ihren mittelalterlichen Anschauungen über Entlohnung und Behandlung ihrer Arbeitskräfte frei macht und im Arbeitnehmer mehr als den „Knecht“ sieht.

## Arbeiterversicherung

Das Emporschnellen der Krankenziffern. Zu den vielen Unannehmlichkeiten und Schädigungen, die der harte Winter im Gefolge hatte, trat auch noch die erhöhte Krankenziffer. Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark z. B. erhöhte sich die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken im Januar von 57 410 auf 80 714, so daß der Krankenbestand im Laufe dieses Monats von 4,2 auf 5,7 % der Beschäftigtenzahl gestiegen ist. Die Krankenziffer stieg besonders stark bei den weiblichen Personen an; hier waren Ende Januar 6,8 % der Beschäftigten als arbeitsunfähig krank oder als Wöchnerinnen gemeldet. Somit vermindert sich der Personenkreis mit vollem Verdienst nicht allein durch die starke Arbeitslosigkeit, sondern auch noch durch Krankheit.

Der Anstieg der Krankenkassenzersplitterung. Daß wir im Deutschen Reich zuviel Krankenkassen haben, ist bekannt. Welche Auswirkung aber diese Zersplitterung hat, ist nicht so bekannt. Zwar weiß man, daß in Berlin über 200 Krankenkassen den Versicherten und Arbeitgebern die notwendige Ueberbrückung unmöglich machen. Aber das sind eben Berliner Verhältnisse, die man nicht glaubt, auf das Reich übertragen zu können. Daß es aber im Reich selbst nicht besser aussieht, ergibt sich z. B. aus den Magdeburger Verhältnissen. Magdeburg mit seinen 300 000 Einwohnern, hat nicht weniger als 55 Krankenkassen. Davon hat die Allgemeine Ortskrankenkasse rund 65 000 Versicherte, 3 besondere Ortskrankenkassen zusammen 2850 Versicherte, 6 Innungskrankenkassen zusammen 6573 Versicherte, 25 Betriebskrankenkassen haben etwa 45 000 Versicherte. Dazu kommen 14 Erbschaftskassen mit ungefähr 25 000 Versicherten und zum Schluß 6 Mittelstandskassen mit 4000 Versicherten. Alles in allem nicht ganz 150 000 Versicherte. Jeder Arzt muß 55 Rechnungsformulare auf seinem Schreibtisch liegen haben, um je nach der Kassenzugehörigkeit des Patienten sich das richtige Formular herauszusuchen, und die Eintragung seiner Leistungen vorzunehmen. Man kann den Ärzten nicht verdenken, daß sie über das viele Schreibwerk, das durchaus vermeidbar wäre, verdroffen sind. Auch klagt die Ärzteschaft darüber, daß sie enorm viele Satzungsbestimmungen im Kopf haben muß, was für manchen Arzt unmöglich ist. Jede Kasse gewährt natürlich andere Leistungen, vor allen Dingen in der Familienbeihilfe. Wenn man aber glaubt, daß nun bei den Kassen die Einsicht eingekehrt sei, dann irrt man sich. Im Gegenteil ist man auch in Magdeburg drauf und dran, noch weitere Innungskrankenkassen zu errichten, um den Wirrwarr noch zu vergrößern. Am bedauerlichsten ist das für die Versicherten, die wechselnde Beschäftigungen haben. Sie kommen niemals dazu, sich nun wirklich mit den Bestimmungen der einzelnen Kasse vertraut zu machen. Was das heißt, wissen ja die Versicherten am besten. Wann wird einmal auf diesem Gebiete Vernunft einkehren?

## Verschiedenes

Wo verbringe ich meine Urlaubstage? Für die Arbeiterschaft, für die die Gewerkschaften auch einige Tage Urlaub erkämpft haben, kann es nicht gleichgültig sein, wie und wo sie diese Tage in unserer schnelllebigen Zeit zubringt. Die Ferientage des Arbeiters sollen dazu dienen, Körper und Geist zu stärken, in Licht und Sonne Lebensfreude zu atmen. Wenn man das ganze Jahr Sklave der Maschine war, das Einerlei der Berufsarbeit unsere Nervenkraft erschöpft hat, so sehnen wir den Zeitpunkt herbei, wo man wieder ein paar Tage Mensch sein kann, wo wir der Steinwüste der Großstadt entfliehen und die Sorgen des Alltags hinter uns lassen können. Noch nicht sehr groß ist die Zahl solcher Idealisten unter der organisierten Arbeiterschaft; aber von Jahr zu Jahr wächst das Verlangen nach einer zeitgemäßen Lebensgestaltung und die Einsicht, daß es auch mit bescheidenen Mitteln möglich ist, die Schönheiten der Natur zu genießen und neben Erholung auch ein Stück inneres Erleben zu erhaschen. Die große Naturfreudebewegung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeiterschaft diesen schönen Zielen zuzuführen.

föhren und Einrichtungen zu schaffen, damit es auch wenig Bemittelten ermöglicht wird, an dieser Kulturerrungenschaft teilzunehmen.

Ein beliebtes Wander- und Erholungsgebiet ist der Schwarzwald. 23 Heime, an den schönsten Punkten des badischen Schwarzwaldes gelegen und die besonders auch für einen Ferienaufenthalt eingerichtet sind, nennen die Naturfreunde ihr eigen. Im Jahre 1928 waren bereits 68 449 Ueberrachtungen in diesen Heimen zu verzeichnen. Es wird weiter darauf hingearbeitet, für einen Ferienaufenthalt die größtmögliche Bequemlichkeit zu schaffen. Die meisten Heime sind den Sommer über bewirtschaftet, so daß auch diejenigen Besucher, die nicht auf Selbstverpflegung eingestellt sind, für billiges Geld Unterkunft und Verpflegung erhalten. Der ganze Schwarzwald ist durchzogen von gut angelegten Waldwegen. Die hauptsächlichsten Wanderrouten sind die Höhenwege Pforsheim - Wasel, Pforzheim - Waldehut, Pforzheim - Schaffhausen - Bodensee.

Natürlich kann eine Wanderung von jedem andern Ort aus angetreten werden. Die Zugänge zu den Höhenwegen sind überall gut markiert. In zehn bis 11 Tagen kann man bequem die genussreiche Wanderung durchführen und findet jeden Tag gute Unterkunft in einem Naturfreundehaus. Dabei braucht eine durchschnittliche touristische Leistung nicht überschritten werden, weil ja auch sonst der gemüthvolle Genuß im Beschaun all des Schönen, das uns die Natur bietet, verloren ginge. Wer aber nicht auf große Fahrt eingestellt ist, dem empfehlen wir, seinen Ferienaufenthalt in folgenden Naturfreundehäusern zu nehmen:

1. Weinheimer Naturfreundehaus auf der Tromm im Odenwald;
2. Mannheimer Naturfreundehaus Kohlhof bei Altenbach im Odenwald;
3. Karlsruher Naturfreundehaus bei Moosbronn im Schwarzwald;
4. Karlsruher Naturfreundehaus Badener Höhe im Schwarzwald;
5. Naturfreundehaus Kniebis im Schwarzwald;
6. Naturfreundehaus Feldberg im Schwarzwald;
7. Naturfreundehaus Herrischried-Siebie bei Todmoss im Schwarzwald;
8. Naturfreundehaus Bodensee in Markelfingen bei Radolfzell.

Alle näheren Einzelheiten der Wander- und Ferienheime im Schwarzwald erfahren Interessenten aus dem Anfang Mai erscheinenden illustrierten Heimführer der badischen Naturfreunde, der unentgeltlich auf Verlangen verabsolgt wird. Rückporto (10 J) ist beizufügen.

Man wende sich an die Gauleitung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Karlsruhe in Baden, Schützenstraße 37, die auch auf Verlangen die Organisation von Wandersfahrten vornimmt. Führer werden auf Wunsch gestellt.

**Fachtechnisches**

**Farbspritztechnik.**

In einem Vortrag gelegentlich des letzten Sprechabends des Jahreshauschusses für Anstrichtechnik im Verein deutscher Ingenieure in Oppeln über „Die Entwicklung des mechanischen Anstreichens und Lackierens und deren Bedeutung für das Maler- und Lackierergewerbe“ machte Kollege Schwabe, Hamburg, insbesondere die Farbspritztechnik zum Gegenstand eingehender Betrachtungen.

Die Spritztechnik hat sich heute in fast allen Industriezweigen und in vielen andern handwerklichen Berufen zahlreiche Anwendungsgebiete erschlossen. Die Art des Spritzmaterials bietet keine Schwierigkeiten mehr; man spritzt Leim-, Kalk-, Oelfarben und Lacke. Eine vom Verband der Maler bekanntgegebene Statistik aus dem Jahre 1927 läßt erkennen, daß die Anwendung der Spritztechnik auch im Malergewerbe stark zunimmt, obwohl gerade hier infolge der Eigenart des Malergewerbes die stärksten Hemmungen vorhanden sind. Einen weit tieferen Einblick dagegen vermittelt eine Statistik vom Mai 1928, die sich vornehmlich auf Industriebetriebe und Lackierereien erstreckt. Von 1924 bis 1928 ist der Anteil der mit Spritzapparaten arbeitenden Betriebe, soweit sie für Maler und Lackierer in Frage kommen, von 10,9 auf 41,2 % gestiegen; darunter fallen Automobilfabriken, kleine handwerksmäßig betriebene Lackierereien, Waggonfabriken, Maschinen- und Apparatfabriken, Möbelfabriken, Möbellackierereien, Metallwarenfabriken u. a. m.

Ohne Zweifel hat die Einführung der Spritztechnik auch eine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse in der Arbeiterschaft selbst zur Folge, insofern sich das anteilmäßige Verhältnis der Gelehrten und Ungelernten immer mehr zugunsten der Ungelernten verschiebt. Ende Juni 1927 in 24 führenden Automobilfabriken angestellte Ermittlungen zeigten innerhalb der vorangegangenen 4 Jahre eine Abnahme in der Beschäftigung Gelehrter von 71,7 auf 51,3 %, eine Zunahme in der Beschäftigung Ungelernter von 19 auf 33,2 %. Diese seit 1924 vor sich gehende starke Verschiebung ist hauptsächlich auf die steigende Verwendung der Spritzpistole zurückzuführen.

Die Frage der Wirtschaftlichkeit des Spritzverfahrens ist stark umstritten. Das Malerhandwerk steht der Spritztechnik — größtenteils infolge mangelnder Erfahrungen — bezüglich der Wirtschaftlichkeit sehr skeptisch gegenüber, während der Reichsverband selbständiger Lackierereibetriebe sich mit Entschiedenheit dafür einsetzt, der Spritzlackierung auch in den kleinen Lackierereien Eingang zu verschaffen. In den Industriebetrieben die Rentabilität der Spritztechnik schon nachhin durch die Massenproduktion gesichert, so kommt hinzu, daß die erst mit dem Spritzapparat ermöglichte Verwendung der schnell trocknenden Nitrolacke die für Trocknung früher benötigte Zeit heute auf einen Bruchteil herabgesetzt hat.

Die Auffassung, daß Spritzarbeit Arbeit minderen Wertes sei, gilt als längst widerlegt. Die Internationale Automobil-Ausstellung Berlin 1928 hat bewiesen, daß Qualitätsarbeit beinahe Spritztechnik bedingt. Auch im

**„FACHBLATT DER MALER“**

Monatszeitschrift im Abonnement, durch die Filiale bezogen, vierteljährlich ... **4,50 RM**

**DIE PERSPEKTIVE FÜR DEN DEKORATIONSMALER**

Ein Lehrbuch für Maler und Zeichner zum Selbstunterricht. 100 Abbildungen **4,- RM**

**DIE TECHNIK DER HOLZMALEREI**

12 Tafeln auf Karton in Ganzleinenmappe, 24 Seiten Text mit Illustrationen, Erläuterung des Arbeitsganges, der Farben und Lasuren, Mappe und Text **18,- RM**

Die Anleitung zum Selbstunterricht in der Holzmalerei mit vielen Abbildungen **1,- RM**

**DER WEG ZUR FARBE**

Durch Ordnung, Maß und Gesetz zu methodischen Grundlagen farbiger Harmonie. Mit 25 zehnfarbigen Tafeln für Anschauung und Versuch ... **15,- RM**

**FARBIGE RAUMKUNST**

Enthalten je 30 farbige Tafeln der Jahrgänge 1925 und 1926 des Fachblatts auf Karton ... je **8,- RM**

**FACHBLATT-JAHRGÄNGE**

Gebunden in Ganzleinen, Jahrgang 1925	<b>18,- RM</b>
„ „ „ „ 1926	<b>22,- RM</b>
„ „ „ „ 1927	<b>25,- RM</b>
„ „ „ „ 1928	<b>25,- RM</b>

**EINBANDDECKEN FÜR KOMPLETTEN JAHRGANG**

In Ganzleinen mit Vorsatzpapier und Inhaltsverzeichnis ... je **3,50 RM**

**FACHLITERATUR JEDER ART**

**VOM VERLAG:**

**HAMBURG 36, ALSTER-TERRASSE 10**

Malerhandwerk kommt die Spritztechnik nicht nur zum Anstrich großer Flächen, Innenräume und Fassaden, sondern auch sehr wohl zur Durchführung dekorativer Arbeiten in Frage. Die heute schon zahlreich angebotenen Vorlagenwerke für Spritzmalerei entsprechen durchaus einem vorhandenen Bedürfnis.

Während die Handwerkskreise Deutschlands im Gegensatz zu denen in Oesterreich und der Tschechoslowakei der Spritztechnik, vermutlich wegen der komplizierten Handhabung des Apparates und nicht zuletzt wegen der Kosten seiner Anschaffung und Unterhaltung, vielfach ablehnend gegenüberstehen, tritt die Gehilfenschaft eindeutig für die Spritztechnik ein. Sie äußert aber starke Bedenken gegen die aus dem Spritzverfahren erwachsenden gesundheitlichen Gefahren und wünscht daher die Spritzanlage so zweckmäßig oder die Spritzapparate so vollkommen, daß Gesundheitschädigungen nicht zu erwarten sind. Da Respiratoren allgemein nur als Notbehelf Geltung haben, ist die Farbnebelabfuhrung also das Gegebene. Hiermit erwächst dem Jahreshauschuss für Anstrichtechnik die besonders bedeutungsvolle Aufgabe, entweder das Problem der nebellos arbeitenden Pistole oder der restlosen Abfuhrung der Farbnebel zu lösen.

**Fachliteratur**

Flächenbelegungen. 20 Tafeln mit 48 Entwürfen von Friedrich Wegerl. Preis der Mappe 20 M. Verlag: Georg W. Callwey, München. Der Herausgeber hat sich die schwierige Aufgabe gestellt, in mannigfaltigen Entwürfen eine Flächenbelegung zu bringen, wie sie sich ganz aus dem heutigen Stilempfinden heraus entwickelt hat. Nur ein künstlerisch reifer, schöpferischer und erfahrener Fachmann konnte sich an diese hohe Aufgabe wagen. Das vorliegende Wegerlsche Werk zeigt, daß in dieser Vorbildersammlung die Aufgabe in bestem Sinne des heutigen Strebens nach Sachlichkeit gelöst worden ist. Es gibt dem vorwärtstrebenden Dekorationsmaler neue, vielseitige Anregungen und wie wir auch mit dem schaffenden Künstler hoffen — Freude an neuer Arbeit. Möge das Werk recht viele Freunde finden.

**Der „Maler-Lehrling“ für März 1929.**

Die erste Seite ist ausgefüllt mit einem Artikel über den erfreulichen Aufstieg der Jugendabteilung im Jahre 1928. Eine graphische Darstellung vermittelt ein genaues Bild der Entwicklung seit der Gründung der Abteilung 1920. Aus dieser geht das zahlenmäßige Wachstum deutlich hervor. In einem Artikel „Bildungsmöglichkeiten“ werden den Jugendlichen praktische Wege gezeigt, wie sie ohne große finanzielle Belastung ihr Wissen bereichern können. Der Artikel: „Arbeitschutz und Unfallverhütung“ wendet sich besonders an die Lackierlehrlinge. „Wande-

lung im Winter“ ist die Schilderung von einer Winterwanderung unserer Nürnberg Jugendabteilung aus der Feder des auf dem Gebiete erfahrenen Kollegen Siegfried Jacob. Praktische Ergebnisse in der beruflichen Bildungsarbeit haben Herbert Klemm, Dresden, veranlaßt, darüber einiges mitzuteilen. Es folgt ein fachtechnischer Artikel über: „Die Blockschiff“. Vom Lehrverhältnis berichten die Artikel „Schadenerfolg für nichtbestandene Prüfung“ und „Immer noch die alten“. Es folgen eine Würdigung von Honoré Dammier und Berichte aus den Abteilungen. Den größten Beifall wird in dieser Nummer aber sicher der Artikel: „Wie Jonny die Gesellenprüfung machte“ finden.

**Literarisches**

Gewerkschaftsarchiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwilling, Jena. Märzheft 1929. Verlag Karl Gising, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 M. Neue Weltgeschwäder. Nr. 293, Jean Baptiste v. Schwelger. Die Gewerkschaftsfrage. Preis 1,25 M.; 152 bis 161. Fern d. Kaffalles Tagebuch. Preis 1,25 M.; 263 bis 284. Theodor Heuß: Führer aus deutscher Not. Preis 1,25 M. Unter den Neueinsteigern in den Weltgeschwädern finden wir wieder einige, die unsere Aufmerksamkeit erregen. Friedrich Hertel hat ein Bändchen Nr. 293 beigelegt, in dem er Aufträge von F. D. v. Schwelger über die Gewerkschaftsfrage zusammengestellt hat. In einer Einleitung kennzeichnet er ihre historisch-politische Bedeutung. Das Bändchen bildet ein Seitenstück zu der früher von Hertel in der gleichen Sammlung herausgegebenen Schrift: „März und die Gewerkschaften“ und eine Ergänzung zu dem Bändchen: „Vassalle. Offenes Antwortschreiben. Ein weiterer neuer Band der Weltgeschwäder ist: „Verdammte Vassalle Tagebuch“ (Nr. 152 bis 153), das uns Vassalles eigenartige Persönlichkeit auf Grund von Selbstzeugnissen nahebringt. In unsere Zeit führt uns dann eine Schrift von Theodor Heuß: „Führer aus deutscher Not. fünf politische Porträts“ (Nr. 263 bis 284). Das Buch enthält sein gezeichnete Urwörtergen des Wirkens und Lebens und der Persönlichkeiten von Friedrich Naumann, Max Weber, Conrad Haußmann, Gustav Freytag und Friedrich Ebert. Wir können diese Bändchen lebhaft empfehlen, der in kurz bemessener Freizeit sein Wissen von den Dingen und Menschen unserer Bewegung und des öffentlichen Lebens unserer Zeit erweitern will und, um Bücher zu erwerben, nur aus spärlichem Beutel schöpfen kann. — Den Vertrieb der Weltgeschwäder an Gewerkschaften hat die Verlagsgesellschaft der V.D.G. m. b. H., Berlin S. 14, Inselstraße 6 a, übernommen. Interessierte Kollegen wollen sich an diese wenden. Büchereibehaltung durch Babel wird im ersten Artikel der Märzheft der „Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, behandelt. Es führt uns zunächst in die Tropen, wo Babel die Uebertragung des Wissenstausches von Bäumen in Blume übernommen haben, ein Geschäft, das bei uns nur die kleinen Insekten besorgen. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo die Wanderdügel wieder ziehen. Martin Dies macht uns mit der Erforschung des Babelzuges bekannt. Wie die Schwärze für die Natur in der Natur existiert, zeigt an treffenden Beispielen G. v. Franckenberg. Die Frage ist keine deutsche Wissenschaft eigenart, ihre Existenz läßt vielmehr erkennen, wie dieser wissenschaftliche Begriff sich im Laufe der Geschichte geändert hat. Neukerl lehrt uns Einblicke in die Geschichte der Welt in der neueren Zeit. Außer andern Nachrichten aus allen Wissensgebieten enthält das Heft einen Ueberblick über die neuesten Entdeckungen in der Chemie. Grundfäßliches aus sozialen Wandern führt Georg Simon aus in seinem Aufsatz „Die Spuren der Vergangenheit“. Erbbe und Nervosität, aus besonders wichtige Gebiete der Volksgesundheit, werden im Heft „Der Leib“ behandelt. Erich Mühsams Soldatenleben neuer Vertonung befaßt das Heft. Jedem Interessenten werden von dem Urania-Verlag in Jena kostenlos Probehefte und Prospekte gesandt.

Vom 8. April bis 14. April ist die 15. Beitragswoche.  
Vom 15. April bis 21. April ist die 16. Beitragswoche.

**Sterbefaßel.**

- Berlin. Am 28. März starb der Kollege Ernst Pagel geboren am 22. September 1879 in Neuendorf.
- Bremen. Am 13. März starb unser Kollege Konrad Nordhausen nach längerer Krankheit im Alter von 73 Jahren. — Am 25. März starb plötzlich unser Kollege Karl Klitz im Alter von 46 Jahren.
- Dresden. Am 26. März starb plötzlich infolge Herzschlages unser Kollege Richard Löffel im Alter von 62 Jahren.
- Frankfurt a. Main. Am 30. März starb an einem Schlaganfall unser treuer Kollege Georg Eberhardt im Alter von 64 Jahren. — (Zahlstelle Jügesheim.) Nach längerem Leiden starb am 27. März unser treues Mitglied, der Kollege Heinrich Raab im Alter von 49 Jahren. Mitglied seit 1900. — (Zahlstelle Homburg.)
- Am 17. März starb unser Kollege Georg Denfert im Alter von 69 Jahren.
- Marburg. Am 25. März starb unser langjähriges, treues Mitglied Hermann Haeckhorn infolge eines Lungenschlags.
- Nürnberg. Am 4. März starb unser junger Kollege Heinrich Wölffel, geboren am 15. September 1891 zu Lauf.
- Saarbrücken. Am 20. März ist unser Jungkollege, Schriftführer unserer Jugendabteilung, Otto Windgme im Alter von 17 Jahren an Magenuberkulose plötzlich gestorben. — Am 1. April ist unser junger Verbaukollege Ernst Lenz im Alter von 20 Jahren infolge Bootsunfall auf der Saar ertrunken.
- Stettin. Am 26. März starb unser langjähriges, treues Mitglied Karl Marks im Alter von 68 Jahren.

Wegen Invaldität meines langjährigen, ersten Gehilfen suche ich einen, sich für Handwerksbetrieb eignenden, **selbständig arbeitenden Wagenlackierer**

der auch die Spritztechnik beherrsch. Stellung ist dauernd eventuell kann in einigen Jahren das Geschäft übernommen werden. Joh. Steinfadt, Lackiermeister, Rostock i. M.

**Fernunterricht** über Malerbuchführung, Kalkulation, Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsstörung. **Franz Wenzel**, Raumbhof b. Leipzig.